

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig, Pfenning mit „Volk und Zeit“ 20 Pfenninge

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 24

Donnerstag, den 29. Januar 1925

16. Jahrgang

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,50 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 8-gep. Zeile 0,30 Gulden, Restnamezeile 1,50 Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen an den Danziger Saeskers.

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720.
für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Druckfachen 3290

Herriots Außenpolitik.

Seine bedeutende Rede im Parlament. Das Genfer Protokoll. Frankreichs Schutz gegen ein militärisches Deutschland.

Die gestrige Sitzung der französischen Kammer wurde zu einem Ereignis. Herriot nahm anlässlich der Beratung des auswärtigen Budgets Gelegenheiten, in einer großen Rede die Richtlinien seiner äußeren Politik erneut darzulegen. Er erklärte einleitend, daß er sich auf die wichtigsten Probleme beschränken werde und die Laizität und Einheit der von der Regierung eingeschlagenen Politik darzulegen gedenke. Auf die Fragen, die das Parlament durch die Ratifizierung der Londoner Beschlüsse bereits sanktioniert habe, werde er nicht zurückkommen. Er sprach dann zunächst über das Protokoll von Genf. Das Problem der Sicherung des Friedens habe zwar in Genf noch keine endgültige Lösung gefunden, aber niemals zuvor sei ein wichtigerer und entscheidenderer Schritt zur Befriedigung der Welt getan worden. Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung seien die drei Pfeiler, auf denen das zu errichtende Gebäude nach den von Frankreich vertretenen und von den anderen Mächten angenommenen Grundrissen ruhen soll. Die französische Regierung habe als erste dieses Protokoll unterzeichnet und sie hoffe, daß das Parlament in Ermärkung der Zustimmung der anderen Nationen es ratifizieren werde. In einer Zwischenbemerkung erklärte Briand, daß er die Unterzeichnung dieses Protokolls als die wichtigste Tat seiner langen politischen Karriere betrachte. Frankreich müsse seine Sicherheit beim Völkerbund suchen, denn nur auf der Grundlage der internationalen Solidarität der Völker sei die Sicherung des Friedens möglich.

Herriot erklärte sodann, daß das Protokoll von Genf erst in Kraft treten werde, wenn eine Verständigung über eine allgemeine Abrüstung erzielt worden sei. Über die Haltung, die die französische Regierung Deutschland gegenüber eingenommen habe, seien zahlreiche Irrtümer verbreitet. Ein Versuch der deutschen Regierung, die Frage der Kriegsschuld anzuführen, sei von der französischen Regierung im Keime erstickt worden durch die Erklärung, daß sie die Entgegennahme einer deutschen Kriegsschuldnote unter allen Umständen ablehnen werde. Dagegen habe Frankreich die Sonderungen Deutschlands wegen seiner Nichtaufnahme in den Völkerbund und darin beantwortet, daß es dessen Eintreten begreife unter der Voraussetzung, daß dieser bedingungslos und ohne Vorbehalt erfolge. In der Frage der militärischen Ueberwachung Deutschlands durch den Völkerbund habe die französische Regierung das wichtige Zugeständnis erhalten, daß der Vorsitzende der Kontrollkommission ein Franzose sein werde. In der Frage der interalliierten Schulden beschränkte sich Herriot auf einige kurze Bemerkungen, mit dem ausdrücklichen Zusatz, daß er nicht erneut zu Verständigungen und Bestimmungen bei den Alliierten Anlaß geben wolle. Frankreich habe nicht die Absicht, seine Verpflichtungen abzuleugnen, aber die französische Regierung glaube das Recht zu haben, an die Solidarität der Alliierten appellieren zu dürfen. Rußland gegenüber wolle die Regierung sich jedes Urteils über dessen innerpolitische Angelegenheiten enthalten. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen sei erfolgt, weil es ein Ding der Unmöglichkeit gewesen sei, ein Land wie Rußland auf die Dauer aus der Gemeinschaft der europäischen Völker auszuschließen zu wollen. Andererseits werde jeder Versuch einer Einmischung der Sowjets in die inneren Verhältnisse Frankreichs die französische Regierung gewarnt finden. Rußland schulde Frankreich etwa 20 Milliarden Franken, auf deren Rückzahlung nicht verzichtet werden könne.

In der Frage von Oln, fährt Herriot fort, habe die Regierung in vollem Einklang mit den Alliierten gehandelt, und er sei in der glücklichen Lage, der Kammer versichern zu können, daß die Freundschaft zwischen Frankreich und England niemals so herzlich gewesen sei als gegenwärtig. Das habe die Haltung Frankreichs in der Frage der Räumung von Köln wesentlich erleichtert. Die Generalinspektion der alliierten Kontrollkommission sei in den ersten Wochen auf die gleichen Schwierigkeiten gestoßen wie früher. Erst Ende Oktober sei eine Befreiung eingetreten. Aber auch diese sei nur vorübergehend gewesen. Die wichtigste und vielleicht auch die letzte Garantie, über die Frankreich für seine Sicherheit verfüge, sei seine Gegenwart am Rhein. Die Artikel 128 und 129 des Friedensvertrages, die die Befreiung des linken Rheinufers reaktieren, seien abgefaßt in der Annahme des definitiven Vertragskommens des von England und Amerika angelegten Garantievertrages. Frankreich habe den besten Willen, sein Wort zu halten und die von ihm eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, es glaube aber, andererseits das Recht zu haben, von seinen Freunden und Alliierten Unterstützung zur Lösung der Sicherheitsfrage zu fordern. Deutschland beschuldige Frankreich des schlechten Willens und der Irreführung. Das sei nicht richtig. Frankreich sei loyal, aber es könne auf seine Sicherheit nicht verzichten. Die deutsche Regierung habe in ihrer Antwort auf die Note der Alliierten ausgeführt, daß man nicht behaupten könne, Deutschland habe die Voraussetzungen der Artikel 128 und 129 des Friedensvertrages nicht erfüllt.

Die französische Regierung sei bereit zu einer Erörterung dieser Frage. Sie sei in der Lage zu beweisen, daß die Erfüllung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages durch Deutschland noch nicht beendet sei. Deutschland habe die Verpflichtung gehabt, sein Heer auf 100.000 Mann herabzusetzen, den Generalstab aufzulösen, das überflüssige Kriegsmaterial zu zerstören, die allgemeine Wehrpflicht aufzuheben und die Seizehung des Reiches mit dem Deutschland im Friedensvertrag aufgeführten Verpflichtungen in Einklang zu bringen. Demgegenüber habe sich, daß die deutsche Armee widerrechtlich zahlreiche Freiwillige eingezogen und das Krüppel-System wiederhergestellt habe. Auf diese Weise habe sich Deutschland mehrere Reserve-Abteilungen herangebildet. Insbesondere seien zahlreiche Studenten als Freiwillige in die Reichswehr eingezogen und erst entlassen worden, als die Kontrollkommission ihre Tätigkeit wieder aufnahm.

Im weiteren Verlauf seiner großen außenpolitischen Rede führte Herriot aus: „Im Jahre 1918 habe Deutschland 50.000 kaiserliche und 37.000 staatliche Polizeibeamten gehabt. Die nach dem Kriege geschaffene Sicherheitspolizei sei eine vollkommen militärisch organisierte Streitmacht. In Voulagne seien die Alliierten vielleicht das Opfer eines deutschen Manövers geworden, indem sie in die Erhöhung der Schutzpolizei auf 150.000 Mann einwilligten. Diese Schutzpolizei habe aber einen ausgeprochen militärischen Charakter behalten, sie habe sogar Maschinengewehre und werde auch zum Kampf eingesetzt. Außerdem seien über die bewilligte Zahl hinaus 30.000 Polizeibeamte in den Bureaus angestellt. Alles in allem sei nicht zu bezweifeln, daß Deutschland aus einer kaiserlichen Polizei eine militärische gemacht habe. Die Abrüstung werde ein leeres Wort bleiben, solange nicht auch hier der deutsche Militarismus unterdrückt worden sei. Hier fand der Ministerpräsident großen Beifall von der äußersten Linken bis zur Rechten. Die Sitzung wurde unterbrochen, um dem Ministerpräsidenten eine Erholungsstunde zu gönnen.

Nach der Pause sprach Herriot von dem in Deutschland aufgefundenen Kriegsmaterial, das man nie genau habe nachprüfen können, weil die Befehle beim Waffenstillstand nicht vorgelegt worden seien. Es sei mit Sicherheit anzunehmen, daß noch viel Munition verstreut sei. Der Ministerpräsident zählt dann mehrere Einzelfälle auf, wo den Entwaffnungsbestimmungen nicht nachgekommen sein soll. Frankreich treibe kein Werk des Hasses an, sondern es wolle nur seine Ruhe. Die Demokratien seien es, die sich schuldig, die Form des Imperialismus und des alten preussischen Militarismus zu bekämpfen. Vor allem müßten die Seelen entkoffnet werden. Er glaube auch heute noch an das demokratische Deutschland und die letzten Wahlen seien der beste Beweis dafür. Vielleicht seien die Alliierten etwas zu leichtsinnig gewesen, als sie die Rückkehr des Kronprinzen zu leicht nahmen. Die Völker hätten eine tiefe Empfindung für moralische Forderungen, und viele Menschen empfänden es als unmoralisch, daß der Mann, der eine schwere Mitschuld an der Entstehung des Krieges trägt, das bequeme Leben eines Gentleman-Farmer's führe, während vor einem Jahrhundert Napoleon auf einem einfachen Felde herben mußte. Die Alliierten müßten sich vorsetzen, daß in Varenn nicht einer von denen zur Macht zurückgelangt, die an dem Kriege die erste Schuld tragen.

Der Ministerpräsident schloß seine lange Rede mit dem Bekenntnis, daß es der Wunsch seines Lebens sei, eines Tages noch die Vereinigten Staaten von Europa erleben zu dürfen. Er wisse, daß die Verjüngung schwer sei, wenn auf der einen Seite eine zum Frieden bereit Demokratie sei, auf der anderen Seite eine Demokratie, die nichts anderes sei, als die alte Oligarchie und er schloß: „Ich bin bereit, für den Frieden der Welt zu arbeiten, aber die Voraus-

Die Finanzskandale in Deutschland.

Der Fall Kutischer-Seehandlung. — Ein Bankrott altpreußischen Beamtentums.

Der vom preussischen Landtag eingesehene Untersuchungs-anspruch hat in zweitägiger Verhandlung am Dienstag den Fall Kutischer zur Klärung und zu einem gewissen Abschluß gebracht. Die noch unerledigte Beweishebung dürfte das Gesamtbild des Falles kaum verändern, das sich auf Seiten der Seehandlung als ein Nischenfeld von kaufmännischer Unfähigkeit, Unvorsichtigkeit und Desorganisation darstellt. Die Vertreter des Instituts vor dem Ausschuss, die freilich zum allergrößten Teil fremde Sünden verantworten mußten, konnten schließlich nur noch auf Mitleid Anspruch erheben.

Was hier geschehen ist, dürfte selbst von der Finanzfabrikation als zu unwahrscheinlich abgelehnt werden. Die preussische Seehandlung hat sich mit Herrn Kutischer in Geschäfte größter Formate eingelassen, ohne über seine Person anderes Informationsmaterial zu besitzen als die formal-mäßige Auskunft eines Auskunftsbureaus, wie man sie für den Preis von 3 bis 5 Mark erhält. Sie hat diesem Mann nach einem kurzen geregelter Bombardverlehr auf Wechselkreditverträge gegeben und diese Kreditgebungen fortgesetzt, als bereits eine Anzahl dieser Wechsel am Fälligkeitstage nicht eingelöst und in Protest gegangen waren. Sie hat sich von Kutischer das berühmte Kanauer Lager als Deckung anhängen lassen, ohne nach den Beständen und dem Wert dieses Lagers auch nur die geringsten Erkundigungen einzuziehen. Sie hat sich am Verkauf dieses Lagers eine Gewinnbeteiligung ausbedungen, ohne sich im mindesten gegen Heberverteilung durch den Gewinnpartner zu sichern, — und in diesem Stile noch vieles andere mehr.

Man sieht, daß die Hauptbeteiligten an dieser ungeheuerlichen Geschäftsgeschichte die Finanzkräfte Nähe und Hellwig, nicht allein aus blindem Vertrauen und leichtgläubiger Dummheit so gehandelt haben. Der Verdacht, daß sie auch materiellen Erwägungen erlegen sind, liegt nahe angesichts der Tatsache, daß die beiden für ihre Mitwirkung an einem Schiedsspruch das Reisehonorar von insgesamt 2700 Mark erhalten. Aber dann steht die Tatsache fest, daß die beiden Leiter einer Abteilung — der Bombardabteilung — das ganze Vermögen der Seehandlung an eine einzige Verzweigung des Instituts, ohne daß die Leitung des Instituts von diesen Dingen erfuhr. Die Seehandlung ist nicht kollektiv, sondern rein bürokratisch aufgebaut. Die Verantwortung trägt der Präsident. Aber Herr von Dombold, bis zum April 1924 Präsident der Seehandlung, hat bis zuletzt von dem Treiben der Nähe und Hellwig kaum etwas gewußt, und auch die ihm zur Seite stehende leistungsfähige Generaldirektion hat sich bis zur Sache erst ernsthaft gekümmert, als das Kind bereits im Brunnen lag, die Kredite an Kutischer-

rechnung für meine Arbeit ist die Sicherheit meines Landes. Am Schluß der Rede wurden dem Ministerpräsidenten lebhafter Beifall und eine große Ovation zuteil.

Das Echo der Rede Herriots.

Der Eindruck der großen außenpolitischen Rede Herriots läßt sich in wenigen Worten zusammenfassen. Herriot hat dem billigen parlamentarischen Erfolg die bisherigen Richtlinien seiner Außenpolitik zum Teil geopfert. Er hat seine Vorurteile gegen Deutschland nicht nur wie bisher auf die Verichte der Kontrollkommission, sondern sogar auf Blättermeldungen gestützt und bedauert, daß man die Bestrafung der Kriegsschuldigen den deutschen Gerichten überlassen hat. Tatsächlich beteiligte sich an der Ovation, die ihm die Kammer bereitet, die Gesamtopposition, während ein großer Teil der Sozialisten sich in Schweigen gehüllt hatte. Heute morgen ist es die ganze oppositionelle Presse, die Herriot jubelt. Selbst der „Avenir“ Millerands erging sich in Lobeshymnen und stellte Herriot das Zeugnis aus, er habe als wahrer Patriot und nationaler Republikaner gesprochen. Der „Figaro“ stellt fest, daß die Rechte sich wie ein Mann erhoben habe, um Herriot für seinen glühenden Patriotismus zu danken. Das Blatt spricht von der Wiederherstellung der heiligen Einheit. Der „Gaulois“ gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Herriot nunmehr die Richtung einhalten werde, die er in seiner Rede eingeschlagen habe, wogegen ihn die Kammer durch ihren einstimmigen Beifall aufgebort habe. Das „Journal“ spricht von einem ergreifenden Augenblick, als die bisherigen Gegner des Ministerpräsidenten sich um die Tribüne drängten, um ihm in ankrechter Bewunderung die Hand zu drücken.

Im Gegensatz hierzu verraten die Kommentare der Einzelblätter eine große Verlegenheit. Sie beschränken sich darauf, in kurzen Auslassungen den parlamentarischen Erfolg des Ministerpräsidenten zu unterstreichen und den gegen Deutschland gerichteten Teil seiner Rede als eine Warnung an die Deutschnationalen zu bezeichnen. „Deuvre“ hält sich immerhin verpflichtet, zu betonen, daß Herriot mit seinen Auslassungen keineswegs beabsichtigt habe, die Richtung seiner nationalpolitischen Vorgänger einzuschlagen.

Die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten.

Heute vormittag treten die Fraktionen des Preussischen Landtages zusammen, um sich über die auf Freitag festgesetzte Neuwahl des Ministerpräsidenten schlüssig zu werden. Doch scheint es am Freitag an dieser Wahl noch nicht zu kommen. Die Rechtsparteien, die mit Hilfe der Kommunisten die Krise heraufbeschworen haben, sind jetzt für eine Verschiebung der Wahlen, anscheinend um in der Zwischenzeit noch ausgiebig Aushandel treiben zu können. Da das Zentrum bereit zu sein scheint, ihrem Wunsch nachzukommen, wird die Wahl des Ministerpräsidenten voraussichtlich erst am Dienstag nächster Woche stattfinden. Die „Völkische Zeitung“ will wissen, daß das Zentrum sich in seiner heutigen Fraktionsitzung dahin einigen wird, an der Weimarer Koalition festzuhalten, jedoch unter einem Zentrumsmann als Ministerpräsidenten.

auf 14 Millionen angeschwollen waren. Aus diesen Dingen, die nur die größten Konturen des Gesamtbildes aufzeigen, ergibt sich ein vernichtendes Urteil über die geschäftliche Beherrschung der Seehandlung. Es zeigt sich klar, daß dies schwerfällige bürokratisch arbeitende Institut sich auf ein Geschäftsfeld begeben hatte, auf dem es infolge Mangels jeden kaufmännischen Sinnes und Verstandes völlig hilflos dastand und schließlich auf Betrügereien hereinfiel, die selbst ein mäßiger Laienverstand auf den ersten Blick durchschauen konnte.

Aber dies ist wohl kaum das Resultat, das sich die deutschen nationalen Antragsteller von dem Falle Kutischer versprochen hatten. Denn es läßt sich gar nicht nach der Richtung hin ausmachen, in der seit Wochen und Monaten die nationale Standalopresse arbeitet. Alle in Frage kommenden Beamten, vom Präsidenten Dombold angefangen, bis herunter zu den Finanzräten Nähe und Hellwig, sind Beamte des altpreußischen Systems, die auf dem normalen Entwicklungsgang, nicht durch irgendwelche Revolutionswellen, zu ihren Ämtern gelangt sind.

Aber Kutischer, der übliche Eindringling, wie recht es mit ihm? Man konnte doch so oft in der nationalen und kommunistischen Standalopresse seinen Namen im Zusammenhang mit der Sozialdemokratie lesen. Ah, auch hier ist die Sache ganz anders gelautet, als die Antragsteller das vorausgedacht hatten. Kutischer ist mit der größten Wahrscheinlichkeit ein gewisser Betrüger. Aber dafür, daß er mit der Sozialdemokratie oder Sozialdemokraten überhaupt in Verbindung gebracht hätte, hat sich nicht der Schatten eines Verdachts ergeben, geschweige denn, daß seine Geschäfte von sozialdemokratischer Seite irgendwelche Förderungen erhalten hätten.

Rein, alle Wegweiser zeigen nach der entgegengesetzten Richtung. Kutischer kam zur Seehandlung mit einer Empfehlung der Darlehnskasse Ost und militärischer Stellen. Welches diese militärischen Stellen waren, konnte bisher nicht festgestellt werden, da in diesem Punkte ein auffälliges Nichtwissen sämtlicher Regierungsstellen zu verzeichnen war. Aber man kann seine Vermutungen darüber haben, wenn man weiß, daß Kutischer der Hauptarmelehrer der Volkshilfe und der Anwalts-Bermond-Armee war, daß die ihn empfehlende Darlehnskasse Ost die Ausgabe des Kriegsgeldes für Sitauen unter sich hatte, daß Kutischer mit der durch ihre Verordnungen bekannten Volkshilfe-Gesellschaft in enger Verbindung stand. Er kam nach Deutschland in Begleitung hoher russischer, zaristischer Offiziere. Die erwähnte Auskunft bemerkt über die Verbindungen Kutischer's, daß er

Wohnungsbau-Reden und noch keine Taten.

Die deutschnationale Sabotage des Wohnungsbauens. - Einsetzung eines Staatsgerichtshofes. Anklagen gegen Senatoren. - Neue Beschwerden über das Wohnungsamt.

In der gestrigen Volkstags-Sitzung wurde nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte die Tagesordnung umgestellt, um das Wohnungsbaugebiet mit möglicher Beschleunigung dem Siedlungsausschuss zu überweisen. Dem Verlangen der Deutschnationalen, den zweiten, im Siedlungsausschuss abgehaltenen Gesammtversammlungen ebenfalls zur Debatte zu stellen, trat das Haus nicht bei, weil das deutschnationale Verlesungsmandat verurteilt wurde. Der Volkstag beschloß sich alsdann mit der

Herabsetzung der Post- und Telegraphengebühren.

Herrn Gen. Rau begrüßte die Herabsetzung der Postgebühren, die einem wirtschaftlichen Bedürfnis entsprechen. Einwendungen wurde er sich aber gegen die Herabsetzung der Telegraphengebühren, da dadurch der ärmeren Bevölkerung der Zugang zur Zeitung erschwert werde. Der Senat habe nicht das richtige Verständnis für die Bedeutung der Presse. Auch mache der Stand der Postfinanzen eine Erhöhung der Telegraphengebühren nicht notwendig. Weiter sagte Gen. Rau, daß die Fernsprechnutzer gezwungen werden, die Telephonverzeichnisse von der Post anzufordern. Herr Raabe (K.) sprach sich ebenfalls gegen die Erhöhung der Postgebühren aus. Senator Hage trat für unveränderte Annahme der Senatsvorlage ein. Die Mehrheit des Hauses beschloß die unveränderte Annahme der Senatsvorlage.

Eine Wohnungsbau-Debatte

Die Debatte über die Herabsetzung der Postgebühren wurde durch die deutschnationale Sabotage des Wohnungsbauens unterbrochen. Die deutschnationalen Abgeordneten verlangten die Herabsetzung der Postgebühren, während die Sozialdemokraten die Erhöhung der Telegraphengebühren forderten. Die Debatte wurde durch die deutschnationale Sabotage des Wohnungsbauens unterbrochen.

Deutschnationale Sabotage des Wohnungsbauens.

Herrn Gen. Grunow, der Mitglied des Siedlungsausschusses ist, stellt fest, daß bisher ein Wohnungsbaugebiet nicht entstanden sei, weil die Deutschnationalen ständig Sabotage trieben. Auch wäre man der Lösung der Wohnungsbaufrage schon näher gekommen, wenn der Vorstoß des Siedlungsausschusses, ein deutschnationaler, noch Interesse für diese Angelegenheit gezeigt hätte. Nach den bisher gemachten Erfahrungen könne festgestellt werden, daß ein deutschnationaler Wohnungsbaugebiet nur gegen die Deutschnationalen zustandekommen könnte. Im Siedlungsausschuss werde die sozialdemokratische Fraktion tatkräftig mitarbeiten, damit endlich ein erfolgversprechendes Wohnungsbaugebiet verabschiedet werden kann. Die Kritik des Gen. Grunow an dem sabotierenden Verhalten der Deutschnationalen fand im Hause lebhaften Zuspruch, selbst bei einem Teile der Zentrumsfraktion. Die deutschnationalen Antierkennungs-politiker, die der Ansicht sind, daß die Wahrnehmung ihrer persönlichen Interessen dem Allgemeinwohl diene, verstehen es, jede Sabotage zu verhindern. Der Herr Grunow (K.) übte Kritik an der Tätigkeit des Siedlungsausschusses, der in 20 Sitzungen zu keinem Ergebnis gekommen sei und forderte, daß die Deutschnationalen die Mittel für den Wohnungsbau aufbringen. Dieser Forderung schloß sich auch der Herr Hage (D.-Z.) an. Der Herr Dr. Blawie (D.-Z.), der bei dem Besuche der Reichstagskammer wegen der Vorgänge in der Hausbesitzerversammlung angeklagt wurde, zweifelte daran, daß sich für den vorliegenden Gesetzentwurf eine Mehrheit finden wird. Eine Verzögerung der Hausbesitzer an den Wohnungsbauarbeiten lehnte er rundweg ab. 60 Prozent der Friedenstiere sei für den Hausbesitzer nicht genügend. Der Gesetzentwurf wurde alsdann dem Siedlungsausschuss überwießen, der sofortlich schnelle und gute Arbeit leistet.

Die Kündigung langfristiger Miet- und Pachtverträge

wird nunmehr zur Prüfung kommen. Nach diesem Gesetz sollen alle Miet- und Pachtverträge über Grundstücke und Grundstücke, die vor dem 1. April 1923 für einen kalendermäßig bestimmten Zeitraum von mehr als einem Jahre nach Ablauf eines Jahres seit Beginn der Miet- und Pachtzeit vom Vermieter oder Pächter zum Zwecke der Miet- oder Pachtänderung für den Zweck eines kalendermäßig bestimmten Jahres gekündigt werden. Von der Kündigung sollen nur ausnahmsweise sein, wenn der Pächter gemäß der Pachtungsordnung anderweitig beschäftigt werden kann oder wenn das Mietverhältnis sich lediglich auf eine Wohnung oder auf eine Wohnung in unmittelbarem Zusammenhang mit anderen Räumen bezieht. Das Gesetz soll rückwirkende Kraft bis zum 1. Oktober 1924 erhalten. Die bürgerliche Mehrheit stimmte dem Gesetzentwurf zu und verabschiedete ihn in 2. und 3. Lesung.

Die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes

für Regierungsmitglieder, die gegen die Verfassung und die Gesetze verstoßen, forderte ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf, der gestern zur 1. Beratung stand und vom Herrn Hage (D.-Z.) eingeleitet wurde. Redner legte dar, daß schon nach der alten preussischen Verfassung Regierungsmitglieder wegen schuldhafter Verletzung der Verfassung angeklagt werden konnten. Das in der Verfassung vorgesehene besondere Gesetz, sei jedoch nie zustandekommen. In Danzig wolle man anknüpfend diesem Beispiel folgen. Die Danziger Verfassung ist 5 Jahre in Kraft, aber das darin vorgesehene Gesetz über die Verantwortlichkeit der Senatoren ist von der Regierung noch nicht vorgelegt. Aber das ist verhandelt, wenn man die zahlreichen Verträge des Senats gegen die Verfassung und Gesetze heranzieht. Die sozialdemokratische Fraktion habe deshalb dem Senat die Arbeit abgenommen und selbst einen Gesetzentwurf angefertigt. Als der Herr Raabe etwas vorlesen wollte, wird er vom Herrn Hage abgebrochen, daß er sich in der Folge nicht mehr bemerkbar mache. In sämtlichen parlamentarisch regierten Ländern sind beratende Gerichte vorhanden. Redner ging dann auf die einzelnen Staaten ein, wo die Volksvertretung das Recht hat, Regierungsmitglieder in den Anklagezustand zu versetzen. Auch für Danzig

fürmtern, zur Verantwortung ziehen zu können. Bisher ist es nicht möglich, einen hauptamtlichen Senator, der die Verfassung verletzt, vor Gericht zur Verantwortung zu ziehen. Gen. Hage ging dann auf die Fälle ein, wo die Regierung gegen die Verfassung verstoßen habe; und zwar bei der Auflösung des Danziger Magistrats, bei der Befestigung des vorläufigen Obergerichts, durch die Verhaftung von Abgeordneten im Sitzungssaal, bei Ausübung des Verordnungsrechts, ferner bei Mißbrauch des Senats, durch Verpfändung von Staatsgut und durch Verweigerung der Veranlagung der Steuern an den Untersuchungsausschuss. Redner teilte ferner mit, daß ein Gesetz, welches erklärt, daß die Verfassung wahrheitsgemäß in Kraft sei, ohne daß die Verfassung in Kraft war. Der Volkstag möge das Gesetz annehmen, damit bei Mißbrauch der Arbeiter des Untersuchungsausschusses ein Staatsgerichtshof vorhanden ist, vor dem die Senatoren gestellt werden können, die gegen die Verfassung verstoßen haben.

Herrn Gen. Müller (D.-Z.) lehnte den sozialdemokratischen Gesetzentwurf rundweg ab und machte kleinliche Ausstellungen. Das ordentliche Obergericht sei für Danziger Anklagen zuständig. Herr Gen. Müller führte aus, daß die Schaffung eines Staatsgerichtshofes nicht mit der Verfassung im Widerspruch steht. Dort werde bestimmt, daß das Obergericht des Freistaates für die Anklagen von Senatoren zuständig ist. Eine Änderung der Gerichtsverfassung könne aber der Volkstag beschließen, ohne mit der Verfassung in Konflikt zu kommen. Redner ging dann auf die juristische Seite der vom Herrn Hage vorgebrachten Fälle von Verfassungsverletzungen ein und stellte ausdrücklich fest, daß der auf Grund der Verfassung gewählte Senat Amtshandlungen vorgenommen hat, bevor die Verfassung in Kraft gesetzt worden war. Der Gesetzentwurf werde dann ohne weitere Debatte an den Untersuchungsausschuss überwießen.

Vorwärts Erzählungen.

Seinem Groll gegen das Wohnungsamt und den Senator Dr. Leske machte alsdann der Hausbesitzer Harnack Luft und zwar in einer Weise, die der Würde einer Volksvertretung nicht entspricht. Er wiederholte Anschuldigungen, die vom Untersuchungsausschuss der Stadtbürgerchaft, dem alle Parteien angehören, als unrichtig aufgeföhrt worden sind. Senator Dr. Leske wies in seiner Antwort auf dieses Ergebnis der Untersuchungen hin und nahm die angegriffenen Beamten in Schutz, worauf der Herr Raabe (K.) sich veranlaßt fühlte, gegen Dr. Leske das größte Geschätz aufzuführen.

Es kam schließlich zur Abstimmung über den Antrag, daß der Senat die Fälle unteruchen und in 14 Tagen Bericht erstatten soll. Der zweite Teil des Antrages wurde angenommen, der erste jedoch nicht, da die Deutschnationalen noch mit beiden Vätern kauern - in den Sitzungssaal hineinstürmten kamen.

Der Volkstag vertagte sich darauf bis zum Mittwoch, den 11. Februar 1925.

Wozifischer Dichterabend.

„Wir wollen euer „Verräter“ tragen als Ehrentitel!“ (Fris v. Urub, „Unser Schicksal“.)

Zu einem wozifischen Dichterabend lud am Mittwoch die „Giga für Menschenrechte“ ein. Diesem allem zuvor: es war kein Vortragabend, sondern Stunden voller Erlebnis, mehr als Erlebnis, es war Andacht, mehr als Andacht, es war Gelübde (oder wenigstens neue, mächtige Verknüpfung mit dem Gelübde der Antiquen: Nicht mitzufahren, mitzulieben bin ich da!) und wenn ihr andern auch „Verräter“ sagt, „wir wollen euer „Verräter“ tragen als Ehrentitel!“

Von neuem hörte man den heiligen Ruf: „Nie wieder Krieg“, der aus dem namenlosen Entsetzen und Grauen vor diesem letzten Kriege geboren wurde. Aus der mannigfaltigen Zahl aller friedensbegehrten Dichter, die hier zu Wort kamen und in Frau Franze Brückel und Herrn Ferdinand Kreuzer meisterhafte Interpretationen fanden, ragt besonders Frau von Urub mit seiner grandiosen Rede „Unser Schicksal“ hervor. Wie Hammerschläge fielen die Worte, die er für uns sprach. „Nie wir haben an der Verwirklichung der Lebensferne! Auf das wir es nicht nur immer fingen, sondern leben: „Seid umschlungen, Millionen! - das ist unser Schicksal!“ Und die gewaltigen Schlusssätze: „Hundert Jahre lang pocht es an eure Pforten. Hört ihr es wieder von dem gemammelten Gerächsel dieses einzigen Saales? Was ist unsere Antwort? Wir sind bereit!“ Tiefsten Eindruck machten auch Eilers „Mütter“, Gühornes „Bekehrungswort“, Berfels „Krieg“, Guilleaux „An einen deutschen Freund“, R. Rollands Kapitel aus dem Roman „Clerambault“, während Barbusse vor den Feiern und Schrecknissen des Krieges wie vor der Hölle erzittern ließ.

Die Vorträge wurden eingeleitet und beschlossen von Handels „Largo“ und „Sarabande“, die von Frau G. S. S. und

Ämliche Bekanntmachungen.

Die Eltern, Pfleger und Vormünder derjenigen schulpflichtigen, aber noch nicht eingeschulter Kinder, welche in der Zeit vom 1. Juli 1924 bis einschließlic 30. Juni 1925 ihr 6. Lebensjahr vollenden, werden hiermit aufgefordert, zum Zwecke der Einschulung diese Kinder am 9., 10. und 11. Februar dieses Jahres in den Stunden von 8-10 Uhr vormittags bei dem Leiter der Schule ihres Bezirks anzumelden. Die Leiter werden in ihren Schulen in der festgesetzten Zeit zur Entgegennahme der Anmeldungen bereit sein. Zu den Anmeldungen sind die Geburts- und Impfscheine der Kinder mitzubringen. Die Unterlassung der rechtzeitigen Einschulung eines Kindes hat die gefehliche Zwangsmaßregeln zur Folge. Danzig, den 21. Januar 1925. (16323) Der Senat Verwaltung der Stadtgemeinde Danzig, Schulabteilung.

Herrn Franz Käfer zu schönem Vortrag gebracht wurden. (.. ein Abend, mehr als Andacht: es war Gelübde!) Im übrigen: ein überraschend voller Saal (Doge Eugenia), (leider) schlechte Musik, an der Wand (nochmals ein gefestertes leidet!) ein Riesengemälde, Wilhelm II. darstellend... Erich Ruffkewitz.

Spielklub-Gestalten.

Betrügereien einer Baronin.

Auch die äußere Bornehmheit kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich bei den Glückritten in unserem nordischen Monte Carlo sehr oft um recht tragwürdige Gestalten handelt. Das offenbarte auch eine Verhandlung vor dem Schöffengericht wieder einmal recht deutlich.

Eine Baronin aus Poppo war wegen Falschföhung und Betruges in mehreren Fällen angeklagt. Die Baronin war eine geschiedene bürgerliche Kaufmannsrau. Sie verheiratete sich dann mit einem Kaufmann Baron von Ustar-Melchen in Dresden. Seit Dezember 1924 ist sie in Poppo und verkehrt viel im Spielkasino. Es war nun ihr großer Schmerz, daß sie in ihrem gesellschaftlichen Auftreten nicht auch mit einem von Geburt adligen Namen aufwarten konnte. Diesen Mangel behob sie aber dadurch, daß sie in ihren Paß den Zusatz anbrachte: geb. Freiin von Röhden-Rabenhorst. So verbesserte sie ihr Ansehen, das heißt: Kredit. In dieser gehobenen Stellung erhielt sie von einer Frau 600 Gulden geliehen. Ihr Kredit wurde aber noch weiter gehoben, indem sie nach ihrer Anabe im Besitz eines Spielstuhls war, nach dem man im Spielklub Ketsa gewinnt und immer reicher wird. So ganz sicher aber ersahen der Frau dies System doch nicht, denn sie ließ sich einen uneinlösbaren Wechsel über 1000 Gulden ausstellen und dann noch eine Halskette als Pfand geben, die ein sehr wertvolles Familieneigentum darstellte.

Der Baronin wurde aber zur Bedingung gemacht, daß sie dieses Geld auch ja nur zu Spielzwecken verwenden, was die Baronin auch versprach. Da sie aber das gewinnlichere System befaß, so bettelte sie die Frau an ihm mit einem Einsatz von höchstens 50 Prozent oder jährlich nur 200 Prozent. Die Baronin machte nun aber merkwürdigerweise von ihrem System keinen Gebrauch und ließ sofort reich zu werden, versprach sie die Begebenne, die 600 Gulden. Die Geldgeberin machte nun betrübende Entdeckungen. Die Baronin war keine Freiin, sie befaß auch kein System und verspielte wie jeder andere Spieler. Und die Halskette gehörte einem ehrlichen Malermeister in Poppo.

Weiter wohnte die Baronin in Oliva in einem Hotel, hatte aber kein Geld. Sie zog dann heimlich aus und hinterließ nur ein wollenes Halstuch. Der Wirt war gerührt. Von einem Unternehmer ließ die Baronin dann 200 Gulden unter dem Vorgeben, sie sei eine vermögende Frau und bestie in Dresden mehrere Säuler. Einer andern Frau hatte sie ihren Paß verpfändet für ein Darlehen von 100 Gulden. Den Paß gebraucht die Baronin für andere Zwecke und um ihm zurück zu erhalten, erklärte sie, daß sie die 100 Gulden durch die Post an jene Frau senden werde. In Wirklichkeit ließ sie diese 100 Gulden durch einen Kaufmann an sich selber senden.

Der Amtsanwalt beantragte wegen Falschföhung und Betruges 7 Monate Gefängnis. Das Gericht kam jedoch nur wegen der Falschföhung und des Betruges im Oliver Hotel zur Verurteilung, während wegen der andern Fälle Freisprechung erfolgte. Die Strafe lautete auf 1 Monat, 1 Woche Gefängnis. Die Strafe wurde durch die Untersuchungshaft als verbüßt erklärt. Drei Wittangeflagte wurden freigesprochen.

Ein Todesopfer des § 218. Am 24. d. Mts. vormittags wurde in Langfuhr eine Frau heftungslos in ihrem Bett aufgefunden. Sie ist in das Städtische Krankenhaus überführt worden und am 25. abends dort verstorben. Der Hinterkopf wies eine blaue unterlaufene Stelle ohne Zusammenhangstrennung der Haut auf, die entweder von einem Schlag oder einem Fall herzurühren löten. Angeföhrt dieser Sachlage wurde in der Deffentlichkeit der Tod auf einen Ueberfall in der Wohnung zurückgeföhrt, um so mehr, als kurz vor Auffindung der Bewußtlosen eine männliche Person aus der Wohnung kommend beobachtet worden ist. Die von der Kriminalpolizei angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß es sich bei der in der Wohnung der Frau gefohenen Person wahrscheinlich um einen Kurpföhler handelt, der an der Verstorbenen eine Abtreibung vorgenommen hat, an deren Folgen sie verstorben ist.

Falsche 50-Noten. In den letzten Tagen ist versucht worden, bei verschiedenen Banken sowie in Geschäften in Danzig, falsche 50-Noten in Gulden umzuwechseln. Die Größe des Falschföhats entspricht der echten Note. Der Kopf auf der Vorderseite prägt sich unbedeutlich vom Hintergrund ab und der ganze Druck ist verwaschen. Das Bildnis im Wasserzeichen ist kaum sichtbar. Der Adler auf der Rückseite ist sehr unbedeutlich gemacht. Ebenso ist die Korngarbe kaum sichtbar. Im allgemeinen ist die Fälschung sehr schlecht gemacht. Bisher angehaltene Noten tragen die Seriennummern A 1, A 2, B 3 und D 1. Die Deffentlichkeit sei vor Annahme solcher Noten gewarnt.

Abföh von Wild. Im Monat Februar ist der Abföh folgender Wildarten gestattet: Männliches Rot- und Damwild, Auerhähne, Truthähne, Dachs, Hirs-, Fehel- und Fasanenböhne, Enten, Schnepfen, Trappen, wilde Schwäne, Kraniche, Brachvogel, Wachtelkönige, wilde Gänse und alle anderen jagdbaren Sumpf- und Wasservogel.

Atelier für Zahnersatz
Milchkannengasse 13, 2 Tr.
Telephon Nr. 7487
Zähne pro Zahn von 1.50 an
Plomben 2.00
Zahnersatz in Gold und Goldersatz (feststehend).
Umwechseln zu allerniedrigsten Preisen.
Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung kostenlos.
Außerst schonende u. gewissenhafte Behandlung
Garantie für Haltbarkeit.
Zahnpraxis G. Zirkel
Milchkannengasse 13.
Sprechstunden von 9-1 und 2-7 Uhr
Sonntags von 11-12 Uhr
Tollzahlung

Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Bewerkschaftliche Versicherungs-Vereinigung
- Sterbekasse -
kein Polsterwechsel.
Schnelle Hilfe für Erwerbslose und Kinder.
Anspruch in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Büro:
Stadtgebiet 28.
Damen-Kopfputz, Friseur- und Haarfrisur-Salon, Kosmetik empfiehlt
Frau R. Becker-Schell, III. Danzig 5, 1. Etage (1)

Das „trockene“ Amerika.

Ueber die Wirkungen des seit dem 16. Januar 1920 in den Vereinigten Staaten bestehenden Alkoholverbotes werden die widersprechendsten Nachrichten verbreitet. Insbesondere bemühen sich die Freunde des Alkoholkapitalismus um den Nachweis, daß das Alkoholverbot ein Schlag ins Wasser gewesen sei und sich günstige Folgen bisher weder auf sozialem noch auf volkswirtschaftlichem Gebiete gezeigt hätten. In einer kürzlich erschienenen Schrift „Das Alkoholverbot in den Vereinigten Staaten von Amerika und seine Folgen“ (Berlin 1924, Verlag C. U. Schönsche u. Sohn) stellt der Oberbürgermeister im Reichsgesundheitsamt, Dr. Hans Boquist, wertvolles Material zur Beurteilung dieser Frage zur Verfügung. Es ist auf amtlichem Wege in den Jahren 1922/23 von den konsularischen Bezirken Deutschlands in den Vereinigten Staaten beschafft worden. — Was

die gesundheitlichen Folgen des Alkoholverbotes angeht, so hat der durch das Verbotsgesetz veranlaßte zwangsweise Schluß der Kneipen, Brauereien und Brennereien und die dadurch namentlich für die Minderbemittelten bedingte Erschwerung des Bezuges von Alkohol die Zahl der spezifisch alkoholischen Erkrankungen anscheinend recht erheblich vermindert. So ist die Zahl der Alkoholiker in den für sie bestimmten beiden großen Krankenhäusern in New York beträchtlich zurückgegangen. Im Bellevue-Hospital in Manhattan sank ihre Zahl von 6369 im Jahre 1914 auf 1857 im Jahre 1921; in Kings County Hospital von 1435 im Jahre 1915 auf 842 im Jahre 1921. Am Staatshospital in Buffalo war der Rückgang an Alkoholfranken in erheblichem Maße. Die Zahl der früher für diese Kranken bestimmten Betten nämlich der Suberintendenten überflüssig werden konnte. Die Staatsämter für Trinker in Minnesota und Connecticut konnten, da die Zahl der Alkoholfranken beträchtlich zurückging, für Zwecke der Irrenbehandlung Verwendung finden. Der Vorsteher von 45 Anstalten, die der Trinkerheilung dienen, H. G. Neal, erklärte, daß seine über die ganze Union verstreuten Anstalten in den 12 Jahren vor dem Alkoholverbot mehr als 125 000 Personen behandelten. Die größte durchschnittlich 25 bis 30 im Monat. Heute sind in den noch im Betrieb befindlichen Anstalten 2 bis 3 Patienten im Monat in Behandlung. Auch die Zahl der alkoholischen Geisteskranken und der Alkoholdelikte ist ganz erstaunlich zurückgegangen. Schließlich sei noch bemerkt, daß seit dem Erlaß des Alkoholverbotes in sehr vielen Städten eine beträchtliche Abnahme des Mordverbrechens zu beobachten ist. So wurden nach Statistik der New Yorker Gesundheitsbehörde in dieser Stadt im Jahre 1917 929 Mordfälle (1 Quart = 1,14 Liter), im Jahre 1922 dagegen 0,40 Quart nämlich auf den Kopf der Bevölkerung verbräut.

Von den Gegnern des Verbotes wird behauptet, daß solche Leute, die früher Bier oder leichteren Weinen den Vorzug gaben, jetzt Schnaps oder andere minderwertige von Unersahrenen hergestellte Getränke aßen. Für diese Behauptung läßt sich keinerlei statistisches Material erbringen. Nichts ist, daß

Der Schwaigel von Alkohol

trotz des Ueberwachungsapparates der Behörden noch sehr stark ist und wohlhabende Amerikaner vor Antritt eines Besuchs große Vorräte an alkoholischen Getränken aufbewahrt haben. Demgegenüber gibt es aber ganz bestimmte Feststellungen, nach denen die Erzeugung und der Verbrauch von Alkohol sehr stark zurückgegangen ist. Der Größtproduzent hat ermittelt, daß in der Union im Jahre 1915 59 808 210 Gallonen (1 Gallone = 1 1/4 Liter), im Jahre 1920 dagegen nur 2 231 260 Gallonen Bier gebraut wurden; ähnliche Zahlen liegen für Branntwein und Wein vor. Ferner darf nicht vergessen werden, daß die ärmeren Bevölkerungsklassen in den Vereinigten Staaten nicht mehr in der Lage sind, den im Preise gestiegenen Alkohol zu kaufen. Mehrere der in Amerika tätigen deutschen Konvulsisten haben auch festgestellt, daß das Verbot zweifellos dazu geführt habe, den Genuß alkoholischer Getränke bedeutend einzuschränken. Nichts dürfte es sein, daß die geheime Herstellung minderwertiger Getränke zugenommen hat; warum sollen es sich gewinnstüchtige Unternehmer in Amerika vertragen aus dem Alkoholverbot? Der Genuß von Branntwein und Wein ist in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren sehr stark zurückgegangen. Die Kriminalstatistik der Genuß von Kokain und ähnlichen Betäubungsmitteln leider beträchtlichen Umfang angenommen hat.

Die waren nun die

wirtschaftlichen und sozialen Beileiterscheinungen

des Alkoholverbotes? Eine deutliche amtliche Stelle in Amerika schreibt in ihrem Bericht: „Daß die Prohibition zur Arbeitslosigkeit, im ganzen genommen, wesentlich beigetragen habe, dürfte selbst von den arbeitslosen Gegnern des Gesetzes nicht behauptet werden können.“ Mehrlich drücken sich Handelskammern und Großfirmen aus, die am Verbot teilhaben, daß in nicht wenigen früheren Brennereien und Brennereien zurzeit weit mehr Personen beschäftigt werden, als früher. Ein solches Beispiel hat Professor Dr. Gump an 3. Februar 1922 in der „Mündener medizinischen Wochenschrift“ angeführt: „Mit dem Eintritt des Alkoholverbotes wurden 12 größere Brennereien in Georgia von einer Nahrungsmittelgesellschaft übernommen und unter Aufsicht eines Inspektorsfamilial von 5 Millionen Dollar für andere gewerbliche Zwecke — Herstellung von Nahrungsmitteln für Menschen und Tiere — umgewandelt. Während vorher in diesen Brennereien 100 Menschen beschäftigt wurden, finden jetzt in den gleichen Räumlichkeiten 400 Menschen ihre Arbeit und deren Lohn ist höher als der der früheren Brenner.“

Schließlich sei noch einer in dem Kongressbericht vom 15. November 1921 erwähnten Umfrage gedacht, die eine amerikanische Zeitschrift im März an die amerikanischen Arbeiterführer richtete und in der um Auskunft darüber gebeten wurde, ob das Verbot von Nutzen oder Schaden für die Arbeiter und deren Familien gewesen sei. Die weit überwiegende Anzahl der Befragten (85 von 100) hätte sich wahrscheinlich nicht so außerordentlich günstig über das Alkoholverbot geäußert, wenn Arbeitslosigkeit in nennenswertem Umfang eine seiner Folgen gewesen wäre.

Ausammenfassend kann man sagen, daß die gesundheitlichen Folgen des Alkoholverbotes eine enorme — sich nicht nur auf den Körper, sondern auch auf den Geist — sein werden, mit der längeren Dauer des Alkoholverbotes von selbst wachsend. Die Arbeiterklasse der anderen Länder hat alle Ursache, die alkoholische Bewegung zu unterstützen und die Antialkoholische Bewegung zu fördern. Sie hat nicht nur im Interesse der Gesamtheit, sondern auch viel mehr im besonderen Interesse der Arbeiterklasse selbst. Sie darf ihre politischen und korporativen Kräfte in keiner Weise schwächen, wenn sie ihre hohen Aufgaben erfüllen will.

Die Geschichte der „Germania“-Aktien. Vor einer Zivilkammer des Landgerichts 2 in Berlin wurde eine Anklage verhandelt, bei der es um die Mehrheit der Aktien des

in der Zeitung „Germania“ ging. Die Klage geht mit dem Scheidungsprozeß einer Frau Saemer gegen ihren bisherigen Gatten Karl Saemer in Zusammenhang, der früher wiederholt als Großaktionär der „Germania“ genannt wurde. Frau Saemer verlangte, daß ihr Gatte ihr 600 Stück Stammaktien der „Germania“, die ihr Beitragsgeld gewesen seien, herausgäbe. Von dem Besitz dieser Aktien soll die Verfügung über die Mehrheit der „Germania“-Anteile abhängen. Die Anklage lautet, daß der Ehemann Saemer mit Hilfe einer von ihm willkürlich geänderten Vollmacht die Aktien an den (rechtlich nicht bestehenden) Vorstand v. Papen verkauft habe. Nach längerer Auseinandersetzung kam ein Vergleich zustande. Saemer erklärte darin, daß er, ohne von seinem Rechtsstandpunkt abzuweichen, bis zur Entscheidung des Reichsgerichts im Hauptverfahren Aktien für 60 000 Millionen Papiermark zur Sicherheit der Klägerin für die fristige Forderung hinterlege. Die Parteien verpflichteten sich, aus diesem Vergleich in Schriftsätzen bis zur Klärung keine Folgerung zu ziehen. Damit war der Streit beendet, so dem unter großer Heiterkeit Landgerichtsdirektor Pellaton am Schluß meinte: „Man könnte ihm das Motto geben: Mensch, sei heile, bleib Junggeselle.“

Neues von der Haffkrankheit.

Erkrankungen auch bei Pferden?

Die eigenartige Krankheit, von der seit einem halben Jahr die Bewohner des Frischen Hafes befallen werden, hat große Ähnlichkeit mit einer Erkrankung, die jetzt auch bei Pferden gelegentlich beobachtet wird. Diese Erkrankung ist keineswegs durch Ausdünstungen des Haffwassers bedingt, wie das bei den erkrankten Haffbürgern der Fall ist, sondern sie befällt die Pferde plötzlich im Stall oder wenn die Tiere nach längerer Ruhe wieder zur Arbeit herangezogen werden. Die Entstehungsurache scheint also eine ganz andere zu sein.

Dagegen sind die Krankheitserscheinungen fast genau dieselben. Der plötzliche Beginn, Muskelstarre des Rückens, sowie Unfähigkeit, die Muskeln zu gebrauchen, das Auftreten einer akuten Nierenkrankheit mit dunkelrotem Urin, das sind dieselben Symptome, die auch bei den Haffbürgern auftreten. Im Volksmund wird die Pferdekrantheit „Kreuzdrehe“ genannt. Meist geht sie schnell vorüber, doch gehen auch öfter Pferde an der Krankheit zugrunde, während von den an Haffkrankheit erkrankten Menschen bisher nur vereinzelte gestorben sind. Es kommt vor, daß dasselbe Pferd mehrfach von der Krankheit befallen wird, wie das auch bei den Haffbürgern der Fall gewesen ist. Für die Entstehung der Krankheit wissen die Tierärzte ebensowenig eine befriedigende Erklärung zu geben, wie die Ärzte, die sich mit der Erforschung der Haffkrankheit beschäftigen.

In den letzten Wochen hat allerdings die Vermutung eine gewisse Wahrscheinlichkeit erlangt, daß es sich bei der Haffkrankheit um eine Vergiftung durch arsenige Säuren handelt, die durch die Abwässer aus Fabriken in das Haffwasser geraten. Die in diesen Abwässern enthaltenen Arsenverbindungen dringen in den Haffschlamm ein und bilden dort Gase, die das Wasser oder die oberhalb des Wassers liegende Luftschicht vergiften und für die Haffbürgern gefährlich werden können. Es wäre nun möglich, daß sich solche Gase auch in Tierställen entwickeln könnten und so dieselben Erscheinungen bei Pferden erzeugen. Ein Nachweis solcher Gase scheint allerdings bisher noch nicht erfolgt zu sein. So muß diese Ansicht vorläufig nur eine Vermutung bleiben. Eine gewisse Uebereinstimmung scheint weiterhin darin zu liegen, daß der Ausbruch der Krankheit sowohl bei den Tieren, wie bei den Bürgern stets durch körperliche Anstrengung bedingt zu sein scheint.

Andererseits lassen sich aus den Beobachtungen bei der Kreuzdrehe der Pferde mancherlei Schlüsse auf die feineren anatomischen Veränderungen bei der Haffkrankheit ziehen. Beide Krankheiten beruhen auf einer Veränderung der roten Blutkörperchen. Der rote Farbstoff wird jodungen ausgelaugt, und zwar vor allem in den erkrankten Muskeln. Diese Muskeln sehen dementsprechend blaß aus, etwa wie Fischfleisch, und die feinen Muskelfasern erleiden eine wesentliche Veränderung ihrer Struktur. Solche Einzelheiten konnten bei der Haffkrankheit nur in einem einzigen Falle nachgeprüft werden, ergaben aber auch hier eine Uebereinstimmung mit den Befunden bei Pferden.

Die Haffkrankheit bringt eine Fülle neuer Anregungen und hat die Forschungen über Krankheitsentstehung bereits außerordentlich erweitert, wenn es auch noch nicht gelungen ist, ihr Wesen restlos aufzuklären. Da die Krankheit für den Menschen offenbar nur in den seltensten Fällen tödlich ist, kaum dauernde Schädigungen hinterläßt, und fast stets rasch vorübergeht, beruht ihre Wirkung hauptsächlich auf einer wirtschaftlichen Schädigung der befallenen Kranken, die sich durch zweckentsprechende Hilfe erleichtern läßt. Es steht zu erwarten, daß im Laufe der Zeit die Krankheitsursache voll erkannt werden wird und sich beseitigen läßt, und daß damit auch Mittel und Wege gefunden werden, um der Kreuzdrehe der Pferde wirksam abzuwehren.

Seltames Schiffsgut.

In den Läden der Waren, die in einem großen Welthafen, wie z. B. dem Londoner ausgeladen werden, findet man neben den landläufigen Schiffsgütern manchmal die merkwürdigsten Angaben, bei denen man sich gar nicht vorstellen kann, wozu wohl die betreffenden Dinge verwendet werden können. Beispiele solch seltsamen Schiffsgutes führt E. C. Bridges in einem englischen Blatt an.

Da bringt z. B. ein Dampfer 18 Tonnen getrocknete Fliegen. Die Ladung kommt aus Mexiko und wird zur Herstellung von Farben benutzt. Getrocknete Fliegen werden auch aus Brasilien eingeführt, aber sie dienen nicht zur Farbensubstanz, sondern als Geflügelfutter. Das man wohl mit Salzkornbakterien anfangen mag, darüber wird sich mancher den Kopf zerbrechen. Daran werden Zahnwurzeln gemacht. Frosthäute sind eine andere merkwürdige Ladung. Diese Häute kommen aus Indien und bieten einen ganz vorzüglichen Stoff für den Buchbinder. Die Haut dieses indischen Froshes bietet ein besonders weiches Leder, das gefärbt die schönsten Farben gibt.

25 tasmantische Tausche sind eine Entdeckung im Schiffszug, die ein gewisses Grauen hervorrufen, aber diese marderartigen Wesen sind ziemlich harmlos und nur ein Teil einer großen Ladung ankräftiger Tiere, die nach London gebracht wurden. Sehr viel gefährlicher ist eine Ladung von „Krankheiten“, die nämlich ein Wort eines Dampfers von der Westküste Afrikas nach Southampton kam. Es waren Kulturen von Bakterien des Schwarzmafsiebers, der Malaria u. verschiedener anderer tropischer Krankheiten, die zu S. angewandten an ein Londoner Unterwühlungs-Laboratorium gebracht wurden.

Schnecken und Frösche kommen in großen Mengen nach London und werden besonders an die Küste des Chinesischen Meeres geliefert, die daraus für ihre Kunden schmackhafte Gerichte bereiten. Zweimal im Jahre bringt ein chinesischer Dampfer eine Menge chinesischer Konjerven für die in England wohnenden Chinesen mit. Gattungslos, eßbare Schnecken, sind andere Seetiere, die zu Schiffen nach London kommen.

Unser neuer Roman:

„Kubinke“

Eine Berliner Geschichte.

Wir beginnen morgen mit dem Abdruck des Romans „Kubinke“ von Georg Hermann. Zunächst ein paar Worte über den Mann, der den einfachen Barbiergehilfen Kubinke zum Helden eines Romans gemacht hat. Georg Hermann ist ein Pseudonym, ein angenommener Schriftstellername. Hinter ihm versteckt sich ein viel gelebter Berliner Schriftsteller und Dichter, Georg Vorchardt. Schon als Kaufmannsgehilfe schrieb er allerhand Geschichten, auch als er im bunten Modestück. Einmal war Georg Vorchardt stellungslos. Da sagte er den Mut, sich mit seiner größter Erzählung „Spielkinder“ an die breitere Öffentlichkeit zu wagen.

Aber die damals herrschende bürgerliche Kritik war seinem Wuche nicht wohl gesinnt. Die Erzählung war zu naturalistisch, sie schilderte das Leben und die Menschen so, wie sie in Wirklichkeit sind, wie es sich in Wahrheit abspielt. Sie war keine unwahre Idealisierung von Vorgängen und Charakteren, sie legte keine Schminke auf. Scharf und wahr zeigten in dieser Geschichte Menschen vorüber, die nicht so eisenfest in den Stürmen des Lebens stehen. Sie haben weder Mut noch Kraft, einen eigenen Weg zu gehen, ohne ängstlich danach zu fragen, was die große Menge dazu sagt. Spielkinder im Leben, ohne Ernst und Ziel und selbstge-

stellten Zweck. Von den weiteren Schöpfungen des Dichters wollen wir nur nennen die Geschichte von „Fettchen Geber“ in zwei Bänden, ein sprechend ähnliches Bild aus der Biedermeierzeit, wie Eduard Engel in seiner Literaturgeschichte urteilt, „Kubinke“, „Die Nacht des Dr. Herzfeld“, „Heinrich Schön jun.“ und „Schnee“. „Fettchen Geber“ und „Henriette Jacoby“ sind auch fürs Theater umgearbeitet worden. Und andere Theaterstücke hat Georg Hermann geschrieben.

„Kubinke“ also ist die Geschichte eines Barbiergehilfen und dreier Dienstmädchen. Froh und heiter tritt Emil Kubinke ins Leben, die Liebe lächelt ihm, spendet ihm manche Freude, aber — unverdient und unschuldig — auch manchen Verdruß. Mehr dürfen wir nicht verraten; der Dichter, dessen Vorwort wir heute dem Roman vorausschicken, tut es auch nicht. Wir begleiten Emil Kubinke von seinen ersten Schritten auf den Pfaden der Liebe bis an sein trauriges Ende. Seine Fehler und Schwächen, seine Erlebnisse und „Selbstentate“ auf dem Gebiete des Menschlichen, Mägensschlichen werden mit der nötigen Dosis Loyalität, aber auch Nachdenklichkeit behandelt.

Ein geistvoller Humor, der auch eine gewisse Verbitterung manchmal nicht zu scheuen braucht, zieht durch die ganze Erzählung, deren handelnde Personen Menschen von Fleisch und Blut sind. Aber auch die Natur und das Berliner Milieu erfahren in der Erzählung eine meisterhafte Schilderung. Freilich, wie jeder wahrhafte Mensch, wird es auch Georg Hermann mit seinem „Kubinke“ nicht allen und jedem recht machen. Die Kritik „teuflischer“ Sitten- und Splitterrichter hat auch an diesem Werke zu mäkeln gehabt. Aber wir halten uns mit Eduard Engel, der Georg Hermann und seinen Schöpfungen wohl am besten gerecht wird, wenn er über ihn urteilt: „Man muß Georg Hermann für den bedeutendsten Nachfolger von Wilhelm Alexis halten.“ Aber da ist dann auch noch der arminische antikenliterarische Abolf Bartels, der den Roman „Kubinke“ „als eine einzige Freiheit empfinden“ hat. Doch „Kubinke“ mag morgen selbst zu unseren Lesern sprechen.

Die Tragödie eines Unglücklichen.

Ein seiner blonder Mensch steht, des Raubüberfalles angeklagt, in der Anklagebank. Er spricht unbescholten. Der Vorlesende muß ihm alle Angaben vorausfragen. Eines Tages im November ist er in einer Delikatesshandlung gegangen, hat den Inhaber mit einem Stemmstein auf den Kopf niedergeschlagen, in der offenkundigen Absicht, die Ladentüre zu rauben. Er weiß nicht, wie er dazu kam.

Sein Großvater war einer der reichsten Männer von Stettin, der Vater ein bedeutender Mediziner und Kaufmann. Der spätere Sohn lernte gut, studierte Jura in Bonn, schloß Freundschaft mit Korpsbrüdern, war Leutnant der Kavallerie und wurde zur weiteren kaufmännischen Ausbildung nach England und Amerika geschickt. Auf der Südseebrücke glitt er aus, schlug mit dem Kopf auf. Der Kriegsausbruch trat ihn drüben, er fuhr zurück und kam in Gibraltar in englische Gefangenschaft. Dort hatte er geistige Störungen, die aber simuliert gewesen sein sollen. Er wurde auch tatsächlich nach Deutschland 1915 freigegeben, führte keine Kompanie ins Feld, wurde verwundet, trat in eine Leichterregulierung des väterlichen Geschäftes ein. Der Vater aber, fränklich, vermag den Sohn nicht mehr zu führen; nach seinem Tode verläßt er den Konzern, verfeindet sich als Teilhabersvollstrecker noch dazu mit seinen Geschwistern, macht sich in Berlin als Fischhändler selbständig. Geschäftliche Misserfolge treten ein, der Sozials gibt ihm die Schuld.

Man trennt sich. In diesen Jahren der Aufregungen bekam er krampfartige hysterische Anfälle. Seine wirtschaftlichen Verhältnisse werden unklar, er fängt an zu trinken, wie er es auch am Abend vor dem Ueberfall tat. „Wozu hatten Sie Stemmstein?“ fragt der Vorlesende. „Zum Zeichnen der Fischlisten; je schneller man die Listen zeichnet, um so mehr konnte man verkaufen“, antwortet er eifrig.

Der Sachverständige, Professor Leppmann, schildert ihn als weichen, unenergieischen, selbstlosen, lebenswürdigen Menschen, unfähig zur Selbständigkeit. Er kam mit Sozials und Geschwistern, mit der Welt nicht aus. Da packte ihn die große Angst vor dem, was werden sollte, vor sich selber, vor dem Leben. Und wie er dämmernd manchmal früher in andere Städte geraten war und, erwacht, voll Schrecken heimkehrte, so geriet er nun in diese Zeit. Im Gefängnis haben sich seine Anfälle verhärtet. Die Ueberführung in eine Irrenanstalt zur weiteren Aufklärung des Falles wird beschlossen.

„Nicht eigene Schuld, sondern die Schwere der Zeit und der Erlebnisse machte ihn zum Fischhändler“, sagte der Sachverständige.

Aus welchem Urgrunde aber bricht es empor, was ist Schuld, was ist Kern, wenn ein guter, harmloser Mensch, kein und unfähig, geboren, ein Rentnerdasein zu führen, gar zu seiner Frau, seinen Kindern, seinem Hund, wenn ein solcher Mensch materiell bedrängt, ein Stemmstein nimmt, einen Menschen blutig auf den Kopf niederzuschlagen, um eine Ladentüre zu rauben?

Tat was ist, an welchem Punkte unseres Zwiebelsteins sind wir Mörder oder Diebe?

Gabriele Zergit im B. T.

Gelesen möchte zu einem Fußballkampf gehen. Leider fiel der gerade in die Zeit seiner Nachhilfezeit. Da hatte er eine Idee. Er ging ans Telefon und rief den Lehrer an, er möge seinen Sohn entschuldigen, aber der könne wegen Unmöglichkeit nicht kommen. — „Wer ist denn am Apparat?“ fragte der Lehrer. — „Mein Vater!“ kam es schwächer aus.

Das „trockene“ Amerika.

Ueber die Wirkungen des seit dem 16. Januar 1920 in den Vereinigten Staaten bestehenden Alkoholverbotes werden die widersprechendsten Nachrichten verbreitet. Insbesondere bemühen sich die Freunde des Alkoholkapitals um den Nachweis, daß das Alkoholverbot ein Schlag ins Wasser gewesen sei und sich günstige Folgen bisher weder auf sozialem noch auf gesundheitlichem Gebiete gezeigt hätten. In einer kürzlich erschienenen Schrift „Das Alkoholverbot in den Vereinigten Staaten von Amerika und seine Folgen“ (Berlin 1924, Verlag C. U. Scheichle u. Sohn) stellt der Oberregierungsrat im Reichsgesundheitsamt, Dr. Hans Baunat, wertvolles Material zur Beurteilung dieser Frage zur Verfügung. Es ist auf amtlichem Wege in den Jahren 1922/23 von den konföderierten Vertretern Deutschlands in den Vereinigten Staaten beschafft worden. — Was die gesundheitlichen Folgen des Alkoholverbotes

angeht, so hat der durch das Verbotgesetz veranlaßte zwanzigjährige Schluß der Kneipen, Brauereien und Brennereien und die dadurch namentlich für die Minderbemittelten bedingte Erhöhung des Preises von Alkohol die Zahl der spezifisch alkoholischen Erkrankungen aufsehenerregend vermindert. So ist die Zahl der Alkoholiker in den für sie bestimmten beiden großen Krankenhäusern in New York beträchtlich zurückgegangen. Im Bellevue-Hospital in Manhattan sank ihre Zahl von 6889 im Jahre 1914 auf 1857 im Jahre 1921; in Kings County Hospital von 1435 im Jahre 1915 auf 842 im Jahre 1921. Im Staatskrankenhaus in Buffalo war der Rückgang an Alkoholikranken so erheblich, daß eine große Zahl der früher für diese Kranken bestimmten Betten während der Tuberkuloseepidemie übernommen werden konnte. Die Staatshospitäler für Trinker in Minnesota und Connecticut konnten, da die Zahl der Alkoholikranken beträchtlich zurückging, für Zwecke der Krankenbehandlung Verwendung finden. Der Vorsteher von 15 Spitälern, die der Trinkerheilung dienen, H. G. Neal, erklärte, daß seine über die ganze Union verbreiteten Anstalten in den 12 Jahren vor dem Alkoholverbot mehr als 125 000 Personen behandelten, die größtenteils durchschnittlich 25 bis 30 im Monat. Heute sind in den noch im Betrieb befindlichen Anstalten 2 bis 3 Patienten im Monat in Behandlung. Auch die Zahl der alkoholischen Geisteskranken und der Alkoholfodesfälle ist ganz erstaunlich zurückgegangen. Schließlich sei noch bemerkt, daß seit dem Erlass des Alkoholverbotes in sehr vielen Städten eine beträchtliche Abnahme des Mordverbrechens zu beobachten ist. So wurden nach Statistiken der New Yorker Gesundheitsbehörde in dieser Stadt im Jahre 1917 0,29 Quartals (1 Quartal = 1,14 Tote), im Jahre 1922 dagegen 0,40 Quartals nämlich auf den Kopf der Bevölkerung verbraucht.

Von den Gegnern des Verbotes wird behauptet, daß solche Leute, die früher Bier oder leichterem Wein den Vorzug gegeben hatten, jetzt Schnaps oder andere minderwertige von Unersahenen hergestellte Getränke genießen. Für diese Behauptung läßt sich keinerlei statistisches Material erbringen. Nichts ist, daß

der Schnaps von Alkohol

trotz des Ueberwachungsbediensteten der Behörden noch sehr stark ist und wohlhabende Amerikaner vor Ankaufstufen des Verbois große Vorräte an alkoholischen Getränken aufgestapelt hatten. Demgegenüber gibt es aber auch bestimmte Feststellungen, nach denen die Erzeugung und der Verbrauch von Alkohol sehr stark zurückgegangen ist. Der Generaldirektor der Zollverwaltung hat ermittelt, daß in der Union im Jahre 1915 59 808 210 Gallonen (1 Gallone = 4 1/2 Liter), im Jahre 1920 dagegen nur 5 231 280 Gallonen Bier abgeernt wurden; ähnliche Zahlen liegen für Branntwein und Wein vor. Ferner darf nicht vergessen werden, daß die ärmeren Bevölkerungsklassen in den Vereinigten Staaten nicht mehr in der Lage sind, den im Preise aufsteigenden Alkohol zu kaufen. Mehrere der in Amerika tätigen deutschen Konsuln stellen denn auch fest, daß das Verbot zweifellos dazu geführt habe, den Genuß alkoholischer Getränke bedeutend einzuschränken. Nichts dürfte es sein, daß die geheime Herstellung minderwertiger Getränke zugenommen hat; warum sollen es sich geschäftstüchtige Unternehmer in Amerika vertragen aus dem Alkoholverbot? Mancher ihrer Mitarbeiter riefen sie zu sehen? Der Gebrauch von Verabreichungs- und Betäubungsmitteln hat wahrscheinlich zugenommen; aber die gleiche Beobachtung macht man auch in anderen Ländern, die kein Alkoholverbot haben. Wir erinnern an Deutschland, wo nach Aussage der Sozialwissenschaftler und der Kriminalisten der Genuß von Kokain und ähnlichen Betäubungsmitteln leider beträchtlichen Umfang angenommen hat.

Wie waren nun die

wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen

des Alkoholverbotes? Eine deutliche amtliche Stelle in Amerika schreibt in ihrem Bericht: „Das die Prohibition zur Arbeitslosigkeit in der ganzen Nation, wesentlich beizutragen habe, dürfte selbst von den arbeitsverweigernden Gegnern des Gesetzes nicht bestritten werden können.“ Ähnlich drücken sich Handelskammern und Großfirmen aus, die auch Beispiele dafür bringen, daß in nicht wenigen früheren Brennereien und Brennereien arbeitslos weit mehr Personen beschäftigt werden, als früher. Ein solches Beispiel hat Professor Dr. Gump in 2. Februar 1922 in der Münchener medizinischen Wochenschrift angeführt: „Mit dem Eintritt des Alkoholverbotes wurden 13 größere Brennereien in Georgia von einer Nahrungsmittelgesellschaft übernommen und unter Anwendung eines Kapitalisationskapitals von 5 Millionen Dollars für andere gewerbliche Zwecke — Herstellung von Nahrungsmitteln für Menschen und Tiere — umgewandelt. Während vorher in diesen Brennereien 100 Arbeiter beschäftigt wurden, finden jetzt in den gleichen Räumlichkeiten 400 Arbeiter ihre Arbeit und deren Lohn ist höher als der der früheren Brenner.“

Schließlich sei noch in dem Kongressbericht vom 15. November 1921 erwähnter Umfrage beachtet, die eine amerikanische Zeitschrift im März an die amerikanischen Arbeiterführer richtete und in der um Auskunft darüber gebeten wurde, ob das Verbot von Unken oder Schafen für die Arbeiter und deren Familien gewesen sei. Die weit überwiegende Anzahl der Befragten (85 von 92) hätte sich wahrscheinlich nicht so außerordentlich eindeutig über das Alkoholverbot geäußert, wenn Arbeitslosigkeit in nennenswertem Umfang eine seiner Folgen gewesen wäre.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die amtlichen Berichte über die gesundheitlichen und sozialen Folgen des Alkoholverbotes von den Freunden des Alkohols nicht nur nicht widerlegt, sondern im Gegenteil durch die Arbeiterklasse der anderen Länder bestätigt werden. Die Arbeiterklasse der anderen Länder hat alle Ursache, die alkoholische Drogen zu unterbinden und die Antialkoholische Bewegung zu fördern. Das ist nicht nur im Interesse der Gesamtheit, sondern auch im Interesse der Arbeiterklasse selbst. Sie hat ihre geistigen und körperlichen Kräfte in keiner Weise geschwächt, wenn sie ihre hohen Aufgaben erfüllen will.

Die Geschichte der „Germania“-Aktien. Vor einer Zivillammer des Reichstages 2 in Berlin wurde eine Anklage erhoben, bei der es um die Mehrheit der Aktien der

Inner-Zentrumsblätter, der „Germania“ ging. Die Klage steht mit dem Gerichtsverfahren einer Frau Saemer gegen ihren bisherigen Gatten Karl Saemer in Zusammenhang, der früher wiederholt als Großaktionär der „Germania“ genannt wurde. Frau Saemer verlangte, daß ihr Gatte ihr 600 Stück Stammaktien der „Germania“, die ihr Heiratsgut gewesen seien, herausgibt. Von dem Besitz dieser Aktien soll die Verfügung über die Mehrheit der „Germania“-Anteile abhängen. Die Anklagegegner behauptete, daß der Gatte Saemer mit Hilfe einer von ihm willkürlich geänderten Vollmacht die Aktien an den (rechtslebenden) Zentrumsgeschäftsführer v. Papen verkauft habe. Nach längerer Auseinandersetzung kam ein Vergleich zustande. Saemer erklärte, bis zur Entscheidung des Reichsgerichts im Hauptverfahren Aktien für 60 000 Millionen Papiermark zur Sicherheit der Klägerin für die fruchtige Forderung hinterzulegen. Die Parteien verpflichteten sich, aus diesem Vergleich in Schriftform bis zur Klärung keine Folgerung zu ziehen. Damit war der Streit beendet, zu dem unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit ein Urteil am Schluß meinte: „Man könnte ihm das Motto geben: Mensch, sei heile, bleib Junggeheile.“

Neues von der Haffkrankheit.

Erkrankungen auch bei Pferden?

Die eigenartige Krankheit, von der seit einem halben Jahr die Bewohner des Frischen Hafes befallen worden, hat große Ähnlichkeit mit einer Erkrankung, die jetzt auch bei Pferden gelegentlich beobachtet wird. Diese Tierkrankheit ist keineswegs durch Ausdünstungen des Haffwassers bedingt, wie das bei den erkrankten Haffbürgern der Fall ist, sondern sie befallt die Pferde plötzlich im Stall oder wenn die Tiere nach längerer Ruhe wieder zur Arbeit herangezogen werden. Die Entstehungsbefunde scheinen also eine ganz andere zu sein.

Dagegen sind die Krankheitserscheinungen fast genau dieselben. Der plötzliche Beginn, Muskelstarre des Rückens, sowie Unfähigkeit, die Muskeln zu gebrauchen, das Auftreten einer akuten Nierenkrankheit mit dunkelrotem Urin, das sind dieselben Symptome, die auch bei der Haffkrankheit auftreten. Im Volksmund wird die Pferdekrankheit „Kreuzdrehe“ genannt. Meist geht sie schnell vorüber, doch gehen auch öfter Pferde an der Krankheit zugrunde, während von den an Haffkrankheit erkrankten Menschen bisher nur vereinzelte gestorben sind. Es kommt vor, daß dasselbe Pferd mehrfach von der Krankheit befallen wird, wie das auch bei den Haffbürgern der Fall gewesen ist. Für die Entstehung der Krankheit wissen die Tierärzte ebensowenig eine befriedigende Erklärung zu geben, wie die Ärzte, die sich mit der Erforschung der Haffkrankheit beschäftigen.

In den letzten Wochen hat allerdings die Vermutung eine gewisse Wahrscheinlichkeit erlangt, daß es sich bei der Haffkrankheit um eine Vergiftung durch arsenige Säuren handelt, die durch die Abwässer aus Fabriken in das Haffwasser geraten. Die in diesen Abwässern enthaltenen Arsenverbindungen dringen in den Haffschlamm ein und bilden dort Gase, die das Wasser oder die oberhalb des Wassers liegende Luftschicht vergiften und für die Fische gefährlich werden können. Es wäre nun möglich, daß sich solche Gase auch in Tierställen entwickeln könnten und so dieselben Erscheinungen bei Pferden erzeugen. Ein Nachweis solcher Gase scheint allerdings bisher noch nicht erfolgt zu sein. So muß diese Ansicht vorläufig nur eine Vermutung bleiben. Eine gewisse Uebereinstimmung scheint weiterhin darin zu liegen, daß der Ausbruch der Krankheit sowohl bei den Tieren, wie bei den Fischern stets durch körperliche Anstrengung bedingt zu sein scheint.

Andererseits lassen sich aus den Beobachtungen bei der Kreuzdrehe der Pferde mancherlei Schlüsse auf die feineren anatomischen Veränderungen bei der Haffkrankheit ziehen. Beide Krankheiten beruhen auf einer Veränderung der roten Blutkörperchen. Der rote Farbstoff wird jodig gelblich ausgelagert, und zwar vor allem in den erkrankten Muskeln. Diese Muskeln sehen dementsprechend blaß aus, etwa wie Fischfleisch, und die feinen Muskelstrahlen erleiden eine wesentliche Veränderung ihrer Struktur. Solche Einzelheiten konnten bei der Haffkrankheit nur in einem einzigen Falle nachgeprüft werden, ergaben aber auch hier eine Uebereinstimmung mit den Befunden bei Pferden.

Die Haffkrankheit bringt eine Fülle neuer Anregungen und hat die Vorstellungen über Krankheitsentstehung bereits jetzt außerordentlich erweitert, wenn es auch noch nicht gelungen ist, ihr Wesen restlos aufzuklären. Da die Krankheit für den Menschen offenbar nur in den seltensten Fällen tödlich ist, kaum dauernde Schädigungen hinterläßt, und fast stets rasch vorübergeht, beruht ihre Wirkung hauptsächlich auf einer wirtschaftlichen Schädigung der betroffenen Kranken, die sich durch zweckentsprechende Hilfe erleichtern läßt. Es steht zu erwarten, daß im Laufe der Zeit die Krankheitsursache voll erkannt werden wird und sich beseitigen läßt, und daß damit auch Mittel und Wege gefunden werden, um der Kreuzdrehe der Pferde wirksam abzuwehren.

Seltames Schiffsgut.

In den Listen der Waren, die in einem großen Welthafen, wie z. B. dem Londoner ausgeladen werden, findet man neben den landläufigen Schiffsgütern manchmal die merkwürdigsten Angaben, bei denen man sich gar nicht vorstellen kann, was wohl die betreffenden Dinge verwendet werden können. Beispiele solch seltamen Schiffsgutes führt F. C. Bridges in einem englischen Blatt an.

Da bringt z. B. ein Dampfer 13 Tonnen getrocknete Fliegen. Die Ladung kommt aus Mexiko und wird zur Herstellung von Farben benutzt. Getrocknete Fliegen werden auch aus Brasilien eingeführt, aber sie dienen nicht zur Farbensubstanz, sondern als Geflügelfutter. Was man wohl mit Walroshäutchen anfangen mag, darüber wird sich mancher den Kopf zerbrechen. Daraus werden Schnupfen gemacht. Froshäute sind eine andere merkwürdige Ladung. Diese Häute kommen aus Indien und stellen einen ganz vorzüglichen Stoff für den Dachboden. Die Haut dieses indischen Froshes bietet ein besonders weiches Leder, das gefärbt die schönsten Farben gibt.

25 tasmanische Tenzel sind eine Entdeckung im Schiffsgüter, die ein gewisses Granit hervorruft, aber diese merkwürdigen Tenzel sind ziemlich harmlos und nur ein Teil einer großen Ladung australischer Tiere, die nach London gebracht wurden. Sehr viel gefährlicher ist eine Ladung von „Krankheiten“, die kürzlich an Bord eines Dampfers von der Westküste Afrikas nach Southampton kam. Es waren Kulturen von Bakterien des Schwarzmauerfieberes, der Malaria und verschiedener anderer tropischer Krankheiten, die zu Studienzwecken an ein Londoner Untersuchungs-Laboratorium geliefert wurden.

Schnecken und Frösche kommen in großen Mengen nach London und werden besonders an die Küste des Chinesischen Reiches geliefert, die daraus für ihre Kunden schmackhafte Gerichte bereiten. Zweimal im Jahre bringt ein chinesischer Dampfer eine Menge chinesischer Konferven für die in England wohnenden Chinesen mit. Ostindienposten, ebare Schmalzbecker, sind andere Leckerbissen, die zu Schiff nach London kommen.

Unser neuer Roman:

„Kubinke“

Eine Berliner Geschichte.

Wir beginnen morgen mit dem Abdruck des Romans „Kubinke“ von Georg Hermann. Zunächst ein paar Worte über den Mann, der den einfachen Barbiergehilfen Kubinke zum Helden eines Romans gemacht hat. Georg Hermann ist ein Pseudonym, ein angenommener Schriftstellernamen. Unter ihm versteckt sich ein viel gelehrter Berliner Schriftsteller und Dichter, Georg Vorwardt. Schon als Kaufmannsgehilfe schrieb er allerhand Geschichten, auch als er im bunten Rod lebte. Einmal war Georg Vorwardt Stellunglos. Da fachte er den Mut, sich mit seiner größtenteils Erzählung „Spielkinder“ an die breitere Öffentlichkeit zu wagen.

Über die damals herrschende literarische Kritik war seinem Buche nicht wohl gesinnt. Die Erzählung war zu naturalistisch, sie schilderte das Leben und die Menschen so, wie sie in Wirklichkeit sind, wie es sich in Wahrheit abspielt. Sie war keine unwahre Idealisierung von Vorgängen und Charakteren, sie legte keine Schminke auf. Echt und wahr stehen in dieser Geschichte Menschen vorüber, die nicht so eifrig in den Stürmen des Lebens stehen. Sie haben weder Mut noch Kraft, einen eigenen Weg zu gehen, ohne ängstlich danach zu fragen, was die große Menge dazu sagt. Spielkinder im Leben, ohne Ernst und Ziel und selbstgezielten Zweck.

Von den weiteren Schöpfungen des Dichters wollen wir nur nennen die Geschichte von „Fettchen Geber“ in zwei Bänden, ein sprechend ähnliches Bild aus der Arbeiterwelt, wie Eduard Engel in seiner Literaturgeschichte urteilt, „Kubinke“, „Die Nacht des Dr. Herzfeld“, „Petrich Schön jun.“ und „Schnee“, „Nestchen Geber“ und „Henriette Jacobin“ sind auch fürs Theater umgearbeitet worden. Auch andere Theaterstücke hat Georg Hermann geschrieben.

„Kubinke“ also ist die Geschichte eines Barbiergehilfen und dreier Dienstmädchen. Froh und heiter tritt Emil Kubinke ins Leben, die Liebe schlägt ihm, spendet ihm manche Freude, aber — unverdient und unverschuldet — auch manche Verdruß. Mehr dürfen wir nicht verraten; der Dichter, dessen Vorwort wir heute dem Roman vorausschicken, tut es auch nicht. Wir begleiten Emil Kubinke von seinen ersten Schritten auf den Pfaden der Liebe bis an sein trauriges Ende. Seine Fehler und Schwächen, seine Erlebnisse und „Bedentaten“ auf dem Gebiete des Menschlichen, Allgemeinen werden mit der nötigen Dosis Instabilität, aber auch Nachdenklichkeit behandelt.

Ein gesunder Humor, der auch eine gewisse Verbeißung mancher nicht zu schenken braucht, zieht durch die ganze Erzählung, deren handelnde Personen Menschen von Fleisch und Blut sind. Aber auch die Natur und das Berliner Milieu erfahren in der Erzählung eine meisterhafte Schilderung. Freilich, wie jeder wahrhafte Mensch, wird es auch Georg Hermann mit seinem „Kubinke“ nicht allen und jedem recht machen. Die Kritik „deutscher“ Sitten- und Splitterrichter hat auch an diesem Werke zu mädeln gehabt. Aber wir halten uns mit Eduard Engel, der Georg Hermann und seinen Schöpfungen wohl am besten gerecht wird, wenn er über ihn urteilt: „Man muß Georg Hermann für den bedeutendsten Nachfolger von Wilhelm Meißner halten.“ Aber da ist dann auch noch der grimmige antisemitische Literaturmächtler Adolf Bartels, der den Roman „Kubinke“ „als eine einseitige Freiheit empfunden“ hat. Doch „Kubinke“ mag morgen selbst zu unieren Lesern sprechen.

Die Tragödie eines Unglücklichen.

Ein feiner blonder Mensch steht, des Raubüberfalles ungefaßt, in der Anlagengasse. Er spricht ungescholten. Der Vorübergehende muß ihm alle Augenblicke veranlassen. Eines Tages im November ist er in einer Delikatessehandlung gegangen, hat den Inhaber mit einem Stenogramm auf den Kopf wieder geschlagen, in der offenkundigen Absicht, die Ladentafel zu rauben. Er weiß nicht, wie er das tat.

Sein Großvater war einer der reichsten Männer von Stettin, der Vater ein bedeutender Redner und Kaufmann. Der schwache Sohn lernte auf, studierte Jura in Bonn, schloß Freundschaft mit Corpsbrüdern, war Leutnant der Reserve und wurde zur weiteren kaufmännischen Ausbildung nach England und Amerika geschickt. Auf der Südseebrücke glitt er aus, schlug mit dem Kopf auf. Der Kniegelenksbruch trat ihn drüben, er fuhr zurück und kam in Göttingen in englische Gefangenschaft. Dort hatte er geistige Störungen, die aber Deutschland 1915 freigegeben, führte seine Kompanie ins Feld, wurde verwundet, trat in eine Zochergesellschaft des väterlichen Geschäfts ein. Der Vater aber, kranklich, vermag den Sohn nicht mehr zu sichern; nach seinem Tode verläßt er den Konzern, verheiratet sich als Testamentvollstrecker noch dazu mit seinen Schwägern, macht sich in Berlin als Fischhändler selbständig. Geschäftliche Misserfolge treten ein, der Sozinus gibt ihm die Schuld.

Man trennt sich. In diesen Jahren der Aufregungen bekam er traumartige hysterische Anfälle. Seine wirtschaftlichen Verhältnisse werden null, er fängt an zu trinken, wie er es auch am Abend vor dem Ueberfall tat. „Was hatten Sie Stenogramme?“ fragt der Vorübergehende. „Zum Schreiben der Fischhändler“, er schneidet man die Aiten öffnete, um so mehr konnte man verkaufen“, antwortet er eifrig.

Der Sachverständige, Professor Leymann, schildert ihn als weichen, unenergieischen, selbstlosen, liebenswürdigen Menschen, unfähig zur Selbständigkeit. Er kam mit Fräulein und Geschwistern, mit der Welt nicht aus. Da packte ihn die große Angst vor dem, was werden sollte, vor sich selber, vor dem Leben. Und wie er dämmerns manchmal früher in andere Städte geraten war und, erwacht, voll Schrecken betweilte, so geriet er nun in diese Tat. Im Gefängnis haben sich seine Anfälle verstärkt. Die Ueberführung in eine Irrenanstalt zur weiteren Aufklärung des Falles wird beschlossen.

Nicht eigene Schuld, sondern die Schwere der Zeit und der Ergebnisse machte ihn zum Fischhändler“, sagte der Sachverständige.

Aus welchem Urgrunde aber bricht es empor, was ist Schale, was ist Kern, wenn ein guter, harmloser Mensch, sein zu seiner Zeit, seinen Kindern, seinem Hund, wenn ein solcher Mensch materiell bedrängt, ein Stenogramm nimmt, einen Menschen blutig auf den Kopf nieder schlägt, um eine Ladentafel zu rauben?

Tat was asi, an welchem Punkte unseres Zwischens sind wir Mörder oder Diche?

Gabriele Zerull im B. T.

Hinsehen möchte zu einem Fußballkampf gehen. Leider fiel der gerade in die Zeit seiner Nachhilfezeit. Da hatte er eine Idee. Er ging ans Telefon und rief den Lehrer an, er möge seinen Sohn entschuldigen, aber der könne wegen Unmöglichkeit nicht kommen. — „Wer ist denn am Apparat?“ fragte der Lehrer. — „Mein Vater!“ kam es schüchtern zurück.

Danziger Nachrichten

Die ermäßigten Postgebühren.

Wie bereits erwähnt, ist vom Volkstag ein Gesetz über Änderung der Postgebühren für den Inlandsverkehr verabschiedet worden, durch das die Gebühren für Briefsendungen des Inlandsverkehrs mit Wirkung vom 1. Februar 1925 ab vermindert worden sind.

Vom 1. Februar ab betragen die Gebühren im Inlandsverkehr für

Postarten — wie bisher — a) im Ortsverkehr 5 Pf., b) im Fernverkehr 10 Pf.

Briefe a) im Ortsverkehr bis 20 g 10 Pf., über 20 bis 250 g 15 Pf., über 250 bis 500 g 30 Pf.; b) im Fernverkehr bis 20 g 15 Pf., über 20 bis 250 g 30 Pf., über 250 bis 500 g 40 Pf.

Druckdrachen Klasse A (Volldruckdrache) bis 50 g 5 Pf., über 50 bis 100 g 10 Pf., über 100 bis 250 g 15 Pf., über 250 bis 500 g 30 Pf., über 500 bis 1 kg 40 Pf., über 1 bis 2 kg (nur für einzeln verpackte, ungeteilte Druckdrachen) 40 Pf.; Klasse B (Teildruckdrache) bis 100 g 10 Pf., über 100 bis 250 g 15 Pf., über 250 bis 500 g 30 Pf., über 500 bis 1 kg 40 Pf., über 1 bis 2 kg (nur für einzeln verpackte, ungeteilte Druckdrachen) 40 Pf. Wegen der neuen Begriffe „Volldruckdrache“ und „Teildruckdrache“ verweisen wir auf die weiter unten folgenden Ausführungen.

Blindenchriftsendungen bis zum Nettogewicht von 5 kg 5 Pf.

Geschäftspapiere bis 250 g 15 Pf., über 250 bis 500 g 30 Pf., über 500 bis 1 kg 40 Pf.

Warenproben bis 250 g 10 Pf., über 250 bis 500 g 30 Pf. Milchsendungen (Zusammengepackte Druckdrachen, Blindenchriftsendungen, Geschäftspapiere und Warenproben) bis 250 g 15 Pf., über 250 bis 500 g 30 Pf., über 500 g bis 1 kg 40 Pf.

Päckchen bis 1 kg 40 Pf.

Außer den vorerwähnten gesetzlichen Gebühren sind für den Inlandsverkehr gleichzeitig verschiedene Nebengebühren herabgesetzt worden, und zwar die Einschreib- und Rückscheingebühr von 40 auf 20 Pf., die Nachnahme-Vorzugsgebühr von 20 auf 15 Pf., und die Schließfachgebühren von monatlich 6 bzw. 4 G. auf 3 bzw. 2 G.; die besondere Zuschlagsgebühr für voluminöse Sendungen aus dem In- oder Auslande fällt weg.

Abgegeben von der Nachnahme-Vorzugsgebühr gelten die vorstehenden neuen Gebührensätze vom 1. Februar 1925 ab auch für den Verkehr aus der Freien Stadt Danzig nach Deutschland und Österreich; nach Polen gelten die bereits seit dem 8. Januar 1925 für Nachnahmen nach Deutschland und Österreich von der eigentlichen Nachnahmegebühr, wie bisher die allgemeine Auslands-Nachnahmegebühren zu zahlen. Mit Österreich und Polen besteht zurzeit kein Nachnahmeverkehr.

Auch im Verkehr nach dem übrigen Auslande treten vom 1. Februar 1925 ab ermäßigte Gebührensätze ein von denen insbesondere die folgenden erwähnt sein: Postkarten von 25 auf 20 Pf. herabgesetzt, 20 Pf. (bis 20 g 35 Pf., darüber 40 Pf.), für jede weiteren 20 g 20 Pf. (wie bisher), Mindestgebühr für Geschäftspapiere 35 Pf. (bisher 40 Pf.), für Warenproben 15 Pf. (bisher 20 Pf.), Einschreibgebühr und Rückscheingebühr 30 Pf. (bisher 40 Pf.) usw.

Die Verschlusspostgebühr für Briefsendungen jeder Art aus dem Auslande beträgt vom 1. Februar 1925 ab 30 Pf. (bisher 40 Pf.).

Zur Änderung der Druckdrachengebühren im Inlandsverkehr und im Verkehr nach Deutschland, Österreich und Polen wird bemerkt, daß auch gleichzeitig die Bestimmungen der Verordnung über Druckdrachen geändert worden sind, mit dem Ziele, eine dringend erforderliche Vereinfachung der vielgestaltigen und verwinkelten Verordnungschriften herbeizuführen. Zur Vereinfachung der Druckdrachen können zwar künftig im allgemeinen dieselben Verordnungsverfahren wie bisher angewandt werden. Doch werden zwei Klassen von Druckdrachen — Volldruckdrachen und Teildruckdrachen — unterschieden. Bei den Volldruckdrachen darf handschriftlich oder mechanisch nur eine innere mit der äußeren übereinstimmende mechanisch angelegte sowie in gleicher Weise Firma, Namen, Stand und Wohnort des Absenders, seine Fernsprechnummer, Telegramm-Adresse, Postfachkonto und Bankkonto nachgetragen oder geändert werden. Die Teildruckdrachen, für die in der ersten Verordnung die Gebühr erhöht ist, dürfen den allgemeinen auch bei Volldruckdrachen ungeschlossenen handschriftlichen und mechanischen Angaben, Nachtragsangaben und Änderungen gewisse weitere Änderungen und Zusätze aufweisen. Nähere Auskünfte erteilen die Postämter.

Als weitere Änderung der Verordnung sei erwähnt, daß der Absender einer Postsendung künftig unter den vorgeschriebenen Bedingungen nachträglich auch bestimmen kann, daß bereits abgegebene Sendungen ohne Nachnahme und gegen Zahlung eines Nachnahmebetrages ausgeliefert werden.

Aus Anlaß der zum 1. Februar eintretenden Gebührensänderungen wird die Postverwaltung ein neues Gebührenscheitern herausgeben, das zum Preise von 20 Pf. bei den Postämtern erhältlich ist.

Schiedsgericht für die Kleinbahn.

„Unorganisierte Arbeiter erhalten keine Lohnserhöhung!“

Wie aus der deutsche Metallarbeiterverband berichtet, fanden am gestrigen Tage Verhandlungen für die Arbeitnehmer der Westpreussischen Kleinbahn-A.G. vor dem Schlichtungsausschuß statt. Der Bevollmächtigte des D. M. V. vertrat die von den Gewerkschaften gestellten Lohnforderungen und wies nach, daß seit der letzten Lohnserhebung eine Vertiefung der Lebenshaltung laut amtlicher Statistik von 12 Prozent zu verzeichnen ist, die nicht nur ansonsten, sondern daß darüber hinaus die gegenwärtigen Löhne erhöht werden müssen, weil bekanntermaßen die Kleinbahnen immer in der Entlohnung zurückgeblieben sind und zu den schlechtest entlohnten Arbeitern überhaupt gehören. Eine Prozentige Erhöhung ist durchaus am Platze. Direktor Grabbe, der sich in der Verhandlung am diesjährigen Mal vorteilhaft von seinem vollständigen Sanzensträger abhob, der wie ein Stier im Porzellanladen zu verhandeln gewohnt ist erklärte, daß er es nicht verstände, wie die Gewerkschaften sich überhaupt für unorganisierte Arbeiter einsetzen, da nach keiner Ansicht nur unorganisierte Arbeiter Anspruch auf Lohnserhöhung haben. In keinem Betriebe seien von den Arbeitern keine mehr organisiert, so weit habe er die Gewerkschaften. Die Arbeiter seien nur noch ganz vereinzelt in den Betrieben.

Für dieses Bekanntnis wurde der Herr bekannt mit der Bemerkung, daß dieser Anspruch den Gewerkschaften Veranlassung sein werde, die Arbeitnehmer über diese Ansprüche zu unterrichten. Die Gewerkschaften sind veranlagt gemäß die rechtlichen Vertreter der Arbeiter, auch dann, wenn nur Einzeln, oder wenn der Belegschaft organisiert ist. Die Verbände sind demnach jederseits berechtigt, Lohnforderungen zu vertreten.

Der Schlichtungsausschuß verständete sich längerer Anwesenheit folgendes:

Von der laufenden Lohnwoche bis 31. 8. 1925 werden die Löhne um fünf Prozent erhöht.

Die Arbeiter bei der Kleinbahn mögen nun die richtigen Lehren aus dem Verhalten des Direktors und dem Schiedsgericht selbst ziehen. Der Schlichtungsausschuß hat weniger ausgesprochen als die Lohnserhebung verlangt. Kleinbahner, organisiert auch, dann erst ist ihr würdig, Lohnzulagen zu verlangen, so sagt auch Direktor, und wir können ausnahmsweise dem Herrn zustimmen.

Schiedsgericht für die Eisenkonstruktoren und Schlosser. Der deutsche Metallarbeiterverband berichtet: Zu dem Lohnstreit der Branche der Schlosser ist am gestrigen Tage vom Schlichtungsausschuß folgender Schiedsgericht gefällt: Mit Wirkung von der laufenden Lohnwoche, das ist der 24. Januar, werden die bestehenden Löhne auf folgende Stufen und Sätze gebracht: Gelehrte Arbeiter über 20 Jahre 1,20 Gulden, gelehrte Arbeiter unter 20 Jahre 1,10 Gulden, Hilfsarbeiter über 24 Jahre 1,04 Gulden, von 20 bis 24 Jahre 0,94 Gulden, von 18 bis 20 Jahre 0,78 Gulden, von 16 bis 18 Jahre 0,52 Gulden, von 14 bis 16 Jahre 0,38 Gulden. Diese Löhne gelten bis 31. März 1925.

Gesangsverein „Freier Sänger“ Danzig.

Sonnabend, den 31. Januar, abends 8 Uhr, in der Aula der Petrichule am Kanalplatz

Winter-Konzert

Alte Weisen in neuem Gewande

Solisten: Elisabeth Doese (Sopran), Max Dowitz (Violine), Walter Hank (Klavier), Chorleitung: Eugen Ewert. Konzertsaal: Steinway & Sons, Magazin Heinrichsdorff.

Ehre von Jungk, Ditzgraben, Schielberup, Ederhen, Lieder für Sopran von Hugo Ricmann und Gustav Mahler, Kammermusik von Beethoven, Brahms, Górecki und Wieniawski. — Eintrittspreise: 1,50 G bei Prillwih, Fahrradgeschäft, Paradiesgasse.

Soziale Verbesserungen.

Ausdehnung der Geburtenfürsorge. — Erhöhung der Militärrenten.

Die sozialdemokratische Fraktion des Volkstages hat weitere zwei sozialpolitische Gesetzesentwürfe im Volkstag eingebracht. Durch den ersten Gesetzesentwurf wird eine Änderung der Wochenfürsorge erreicht. Nach der jetzigen Regelung erhalten alle Frauen, auch wenn sie keiner Krankenkasse angehören oder auch deren Ehemänner nicht Mitglied einer Krankenkasse sind, Wochenfürsorge im Falle ihrer Niederkunft. Die Gewährung der Wochenfürsorge ist jedoch von der Bedürftigkeit abhängig. Nicht als bedürftig werden angesehen Personen, deren Einkommen mehr als 600 Gulden jährlich beträgt. Diese Einkommensgrenze ist schon längst nicht mehr zeitgemäß, so daß eine Erhöhung dieser Einkommensgrenze gefordert werden muß. Außerdem sind bei der letzten Regelung der Wochenhilfe und Familienhilfe die Unterhaltungsätze für die der Geburtenfürsorge unterliegenden Personen nicht erhöht worden. So wird also auch heute den Personen, welche ein Jahreseinkommen von nicht mehr als 600 Gulden haben, im Falle ihrer Niederkunft ein Entbindungskostenbeitrag von 15 Gulden, ein tägliches Wochenlohn von 40 Pfennig und ein tägliches Stillgeld von 20 Pfennig gezahlt. Die sozialdemokratische Volksstaatsfraktion beantragt nun in einem Gesetzesentwurf die Erhöhung der Einkommensgrenze von 600 Gulden auf 1080 Gulden jährlich, welcher Betrag bei Vorhandensein von Kindern unter 18 Jahren um 125 Gulden jährlich erhöht werden soll. Die Unterhaltungsätze sollen im übrigen den als Wochen- und Familienhilfe gewährten Sätzen gleichgestellt werden so daß ein Entbindungskostenbeitrag von 31 Gulden, ein tägliches Wochenlohn von 65 Pfennig und ein tägliches Stillgeld von 55 Pfennig gefordert werden.

Der zweite Gesetzesentwurf beschäftigt sich mit den Militärrenten. Die Versorgung der Kriegsteilnehmer richtet sich in Deutschland nach der Vermögensgruppe der Beamtengruppe I, als der niedrigsten Vermögensgruppe. In Danzig sind die Beamten bekanntlich eine Gruppe höher gruppiert, außerdem ist die niedrigste Gruppe, welche hier in Betracht kommt, die Gruppe III. Die Rentenversorgung der Kriegsveteranen und Altrentner müßte sich deshalb nach der Vermögensgruppe der Beamtengruppe III richten, so daß in der Rentenberechnung eine Differenz von 25 Prozent zu verzeichnen ist. Deshalb fordert die sozialdemokratische Fraktion eine Sonderzahlung von 25 Prozent zu den gezahlten Versorgungsgebühren, die von der Freien Stadt Danzig selbständig zu tragen wäre. Bekanntlich zahlte bei der übrigen Militärrenten Deutschland und Danzig 60 Prozent, während bei Aufgehören es umgekehrt ist und Danzig 60, Deutschland 40 Prozent zahlt.

In einer kleinen Anfrage stellt Gen. Gebauer weiter fest, daß das Versorgungsamt und das Versorgungsgericht in Danzig sich Rechtssverletzungen in der Rentenversorgung ausgedehnt haben lassen, indem die im § 57 vorgeschriebene Frist bei den Nachuntersuchungen nicht eingehalten wird. Nach beigemessen Paragrafen dürfen Grundrenten- und Schwerbeschädigtenrenten nicht vor Ablauf von 2 Jahren nach Zustellung des Feststellungsbescheides gemindert oder entzogen werden, es sei denn, daß eine Heilbehandlung oder berufliche Ausbildung eine wesentliche und nachhaltige Besserung der Erwerbsfähigkeit erzielt hat. Die Versorgungsämter in Danzig, das war am 1. März 1923, anzugehend worden. Es haben aber im Jahre 1924 neunzig Nachuntersuchungen mit Herabsetzungen der Rente stattgefunden, und man hätte sich dabei des vorläufigen Rentenbescheides, der aber nicht beruflich war, als Unterlage bedient. Da in Großdanzig eine Rückwärtsfrist nicht besteht, so sind die Entschiede des Versorgungsgerichtes rechtmäßig geworden und die Kriegsbekindigten geschädigt worden. Es wird deshalb angefragt, was der Senat zu tun gedenkt um das geborgene Recht wieder herzustellen und die um ihre Rechte gebrachtten Kriegsveteranen für ihren Verlust zu entschädigen.

Der Verband der Kleingärtner und Landbesitzer hat kürzlich keine ernsthafte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende gab seinen Rückblick auf die im verfliegenen Geschäftsjahre geleistete Arbeit und wies dabei auf Zweck und Ziele des Verbandes hin. Schriftführer und Kassierer berichteten ihre Jahres- bzw. Kassenerichte. Die Vorstandswahl zeitigte folgendes Ergebnis: Aufsichtsrat erster, Erster, zweiter Vorsitzender; Kornath erster, Raibert zweiter Kassierer; Frey erster, Pieber zweiter Schriftführer; Bergmann erster, Klatt zweiter Beisitzer. Hieran schlossen sich wichtige Besprechungen über Verbands- und Landbesitzerangelegenheiten.

Turnen, Musik, Gymnastik.

Unter diesem Leitmotiv ging am gestrigen Abend im Schützenhaus eine Veranstaltung zum Besten des Roten Kreuzes vor sich, deren Publikation sich zum größten Teil aus den Angehörigen der anscheinlich schon von Mitwirkenden und aus Mitgliedern der bürgerlichen Sportbewegung zusammensetzte. Aber nach den immerhin ein gewisses Niveau verheißenden drei Schlagworten „Turnen, Musik, Gymnastik“ eine Kristallisation von Körper- und Geisteskultur zu erwarten geneigt war, der wurde arg enttäuscht.

Ein endloses Durcheinander am nicht einmal das Schmalmaß-Befangene überwindenden Volkstanz kleiner Schmalmaßes über mit viel Luft und Liebe gezeigte Einblicke in den Turnbetrieb eines modernen Sportvereins zu den durchgebildeten Darbietungen einer Gipsfigurenriege (die besonders in den plastischen Gruppen und Kunstübungen lobenswert war) und — zur Kammermusik der Herren Domidici, Haganst und Hannemann (die trotz der eigenartigen Umgebung sich besonders bewundernswert zu konzentrieren mußten, zu unserem Opernbesitzer Alfred Schüb, der mit herrlicher Stimme und mit feingefühlter drei Fiedler, in Herrn Hanst einen klugen Begleiter am Fiedler findend. Davon („In Treue fest“), dazwischen („Hohenfelsenberger Marsch“ unweit von Schuberts Es-Dur-Trio), dazwischen („Donauwellen“) schwebte mit Schlingenschnur der Geist unserer Schupokapelle und darüber der Chor der Viktoriaschule, der die „Deutschen Tänze“ von Schubert sang und viel Temperament dazu zu geben geneigt schien, wenn nicht sein Meister Otto Kriechen dieses alles sehr geübt hätte.

Weniger wäre bei dem ganzen Abend nicht nur mehr, sondern alles gewesen. Und nicht so hochtrabende Programmmittel!

Neue Veranstaltungen der Arbeiter-Turner. Eine turntechnische Auszubildung der Arbeiter-Turner und Sportler am gestrigen Abend beschäftigte sich mit der Durchführung des Jahresprogramms. Es sollen in diesem Jahre neben den allgemeinen Bezirkskursen drei Gruppen- und ein Bezirks-Turnfest abgehalten werden. Einem weiteren Raum der Besprechung nahm auch die in diesem Jahre im Juli stattfindende erste Arbeiter-Olympiade in Frankfurt a. M. ein. Schon jetzt sollen die Vorbereitungen für dieses erste internationale Inanmentreffen der Arbeiter-Sportler eingeleitet. Mit der Aufforderung, eine recht rege Propaganda für alle Veranstaltungen zu entfalten, schloß der Doman die Sitzung.

„Scaramouche“.

Im Passage-Theater läuft seit gestern unter dem Titel „Scaramouche“ ein neuer Film der französischen Revolution. Es muß vorweggenommen werden daß er keineswegs enttäuscht, daß er nicht dem ausgezeichneten „Götter von Notre Dame“ der beste amerikanische Film ist. „Scaramouche“, das ist ein Theaterstück von André Baro, dem großen französischen Revolutionshelden, der infolge seiner antirevolutionären Reden fliehen und sich der Not gehorchend, einer wackeren Komödiantenkompanie angeschlossen mußte. Trotz seiner Härte und hinterlistiger Anschläge seiner Gegner wird er der erste Volksführer in Nationalkonvention. In dieser Eigenschaft gelingt es ihm schließlich, beim Ausbruch der Revolution, die alle verhassten Angehörigen der Aristokratie tötet, seine Mutter und Geliebte, beide Aristokraten, vor der maßlosen Wut des Volkes zu retten und in Sicherheit zu bringen.

Großartig sind die Bilder der großen Revolution mit den tausenden Menschen, hervorragend die Szenen im Nationalkonvent. Bei denen besonders Danton, der Demosthenes seiner Zeit und Redebegier auf dargestellt sind. Köstlich auch einige Szenen, die direkt den Illustrationen Gustav Dorés zu Balzac's „Contes drolatiques“ entnommen zu sein scheinen. Alles in allem: ein Film von hoher Qualität!

Nur noch ein Wort an die Leitung des P.-T. Warum diese allzu laute und übertriebene Klame auf den Plakaten vor dem Kinne: „Nichts für schwache Nerven?“ Erläutert ist dies — kluge ich — nicht zu reichlich, zweitens inwiefern nicht anscheinend genug, als nicht nur Menschen im Besonderen Telegraphenröhren an Stelle der Nerven das Kino besetzen!

Versammlung der sozialdemokratischen Lehrer.

Die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen hält am Sonnabend, den 31. Januar, abends 6 Uhr, eine Sitzung im Fraktionszimmer der S.P.D. im Volkstag ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Jahresbericht, 2. Wahl des Vorstandes, 3. Vortrag des Kollegen Wertmann, 4. Erhebung der Beiträge für die Liga für sozialdemokratische, 5. Verschiedenes. Das Erscheinen aller sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen ist dringend erforderlich.

Oliva. Die ungültige Gemeindevorwahl. Am 21. Juni v. J. fand in Oliva die Gemeindevorwahl statt. Bekanntlich entfielen auf drei Wahlberechtigten 3 Stimmen, so daß über den 3. und 6. Schöffensitz eine Entscheidung durch das Los herbeigeführt werden mußte. Wegen das hierbei angewandte Verfahren erhob Gemeindevorordnete Domroewie Einspruch, der von der Gemeindevertretung zurückgewiesen wurde. Auf die darauf eingeleitete Klage im Verwaltungsstreitverfahren ist in der 2. Instanz durch den Bezirksausschuß unter Aufhebung der anders lautenden Entscheidung des Kreisaußenbüros Danzigs die Wahl nicht erkannt, daß die Wahlresultate des Schöffensitzwahlverfahrens hinsichtlich der Positionen erneut vorzunehmen ist. In der Vereinbarung heißt es, daß die Vorsitzende des 3. und 6. Landgemeindevorstandes — wonach das Los der Vorsitzende zu ziehen hat — eine Zwangsentscheidung ist, die erfüllt werden muß. Hiernach ist mit einer nochmaligen Feststellung des Wahlresultates (Auslösung von 2 Schöffensitzen) zu rechnen, wobei die Wahlresultate bekannt, daß der Gemeindevorstand eine andere Zusammensetzung erhält.

Ämtliche Börse-Notierungen.

Danzig 28. 1. 25

1 Reichsmark 1,25 Danziger Gulden
1 Loty 1,01 Danziger Gulden
1 Dollar 5,25 Danziger Gulden
Scheck London 25,20 Danziger Gulden
Berlin, 28. 1. 25
1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 20,1 Billionen Mk.

Verantwortlich: für Politik Ernst Soops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Wenzel, für Literate Anton Krollen, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von J. Geßl & Co., Danzig.

Am 27. Januar 1925, mittags 12 Uhr, verschied unerwartet nach kurzer Krankheit, 76 Jahre alt, unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, der Rentier

Elias Jewelowski

Danzig und Marienwerder, den 28. Januar 1925.

Im Namen der Hinterbliebenen
Julius Jewelowski.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. Januar 1925, vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs Stolzenberg aus, statt.

Blumenspenden auf Wunsch des Verbliebenen dankend verbeten.

Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus
(Kleiner Saal)
Freitag, den 6. Februar 1925, abends 7 1/2 Uhr
Robert Kothe
und
Lies Engelhardt
Zwiesengesänge mit 2 Larian u. Solistieder
Völlig neues Programm
Karten zu 3.—, 3.—, 2.— u. 1.— G in der
Buchhandl. John & Rusberg, Zeughauspassage

Lil Dagover / Nigel Barrie

ab Freitag im U. T.

Elektr. Anlagen sowie Reparaturen
führt fachgemäß aus
Willy Timm, Reibholz 2, Tel. 2318, 116316

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.

Zentralverband der Angestellten (Z. d. A.)

Ortsgruppe Danzig, Karpfenseigen 26 a I, Zimmer 9, Tel. 2454

Sonntag, den 1. Februar 1925, nachmittags 5 Uhr, im
groß. Saale der Loge „Eugenia“, Danzig, Neugarten 18

Wintervergnügen

in Form eines Strandfestes. Kassenöffnung 4 1/2 Uhr.

PROGRAMM:

- Konzert.
- Doppelquartett des Gesangvereins „Freier Sänger“.
- Festrede.
- Serenade für Violinsolo von Toselli.
- Heitere Rezitationen
(Herr Karl Klierer vom Stadttheater Danzig)
a) Die Zeiten ändern sich Baumbach
b) De Binktschen Boormann
c) Die Entstehung des Küssens Lasker
- Zithervorträge.
- Humoristische Vorträge (Edchen Danziger).
- Lieder zur Laute (Herr Karl Klierer vom Stadttheater Danzig)
a) „Hört mich in Stadt und Land“ aus Oesterreich
b) „Und er ging links und ich ging rechts“
Ciprian - Ruch
c) „Maikater singt die ganze Nacht“
Bierbaum - Steinegg
d) „Es war einmal ein Schnitzibutz“ . . . Johndorf
e) „Ei was braucht man, um glücklich zu sein“
aus Brandenburg
- Konzert.
- Doppelquartett des Gesangvereins „Freier Sänger“.
- Marsch: Per aspera ad astra E. Urbach

Anschließend TANZ

Änderungen im Programm vorbehalten

Der Eintrittspreis für Mitglieder und deren Familienangehörige beträgt pro Person 2 Gulden :: Eingeführte Gäste 3 Gulden

Die Ortsgruppenleitung.

Programme sind bei den Vertrauensleuten in den Betrieben, im Verbandsbüro und an der Abendkasse zu haben. Stellenlose Mitglieder haben freien Eintritt und erhalten die Karten im Verbandsbüro

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.

Heute, Donnerstag, den 29. Januar, abends 7 Uhr:
Damenkarten haben keine Gültigkeit.

Loeca

Aufklärungsstück von R. Sardou, 2 Akte, G. Gino's.
In Szene geleitet von Oberregisseur Juan Spivak.
Musikalische Leitung: Otto Selberg.
Inspektion: Otto Friedrich.

Personen wie bekannt gegen 9 1/2 Uhr.

Freitag, den 30. Januar, abends 7 Uhr. Damen-

karten Serie III. Rest einstudiert! „Die deutschen

Reiseprediger.“ in 4 Akten.

Sonntag, den 31. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr.

„Darmstädter“.

Sonntag, den 31. Januar, abends 7 Uhr. Be-

rettung für die „Freie Volksschule“ (Ge-

schlossene Vorstellung).

Moritz Stumpf & Sohn

Langgasse 29

Oberlichtsaal: Modernste Graphik

(Dis., Pechstein usw.)

Bildersaal: Gemälde-Sonderausstellung

Karl O'Leary.

Wilhelm-Theater

Berliner Gastspiel-Zyklus

Donnerstag, Freitag, Sonnabend:
Die letzten drei Abschiedsvorstellungen!

„Karussell“

André Maillon
Marthe Ludwig
Hans Carl Müller

Absang 8 Uhr Ende nach 10 Uhr

Verkauft: Musikhaus Odeon
u. Konfiseriegeschäft Falbenberg

Sonnabend, abends 6 Uhr
Schluß der billigen Schuhtage!

Schuh-Cohn
Lange Brücke 41 :: Gegründet 1879

Rahmen- und Gabelreparaturen

sowie sämtliche
Arbeiten an Fahr- u. Motorrollen
aller Systeme
Emailierung
in Schwarz u. farbiger Ausführung
besten nachgem. und billigst

Krüger & Klass

Fabrikation u. Reparaturwerkstatt - Fahrradwerkstatt
Stadtgebiet Nr. 27, Ecke Wundtberggasse

Aeltere Sänglingschwester

bei hohem Gehalt sofort gesucht
Langgasse 28, Laden

Große Gesellschaft
erricht et in Danzig, Lang-
br., Neufahrwasser, Hen-
zende, Schütz, Clara, Oliva,
Zoppot, Newick, Tiegens-
hof, Franz sowie in den
größ. Dörfern d. Freistaats
weitere Agenturen.
Sie gewährt hohe Provi-
sionen für gelegentliche Zu-
führung v. Versicherungen,
garantiert aber bei ein-
maliger, besonders rasch-
schneid. Wertetätigkeit ein
festes Einkommen.
Die Stellen eignen sich
für alle Berufe, jedoch auch
für arbeitsunfähige Rentner
und ehemalige Landwirte
mit unangenehm. Bekant-
schaften und für solche ab-
gelehnte Beamte, deren
Gehälte nicht ausreichen.
Nur ernstliche Bewer-
bungen mit korrektem Leben-
lauf unter Nr. 1513 an die
Expedition d. Volksstimme
erbeten. (1632)

Lebensmittel!!!

10 Packete u. 10
sowie 12 Anzüge,
etwas getragen,
1 Hosen, 1 Gilet
sehr billig zu verk.
Langgasse 28, Laden

1 Wintermantel

zu verkaufen. Sehr
billig zu verk.
Langgasse 28, Laden

1 Wintermantel

zu verkaufen. Sehr
billig zu verk.
Langgasse 28, Laden

1 Wintermantel

zu verkaufen. Sehr
billig zu verk.
Langgasse 28, Laden

1 Wintermantel

zu verkaufen. Sehr
billig zu verk.
Langgasse 28, Laden

See- und Flußfische

sämtl. Fischmarinaden
geräuch. Sprotten
und Bücklinge
sind frisch frisch zu haben bei

Ernst Eckermann, Danzig
Tel. 728. Fischmarkt Tel. 728.

Sämtliche Warenarbeiten

werden sauber und billig ausgeführt. Angebote
u. V. 1534 an die Geschäftsstelle der Volksstimme

Julius Goldstein

Langgasse 2-4 Hauptkassier der Markthalle

Billige Bezugsquelle

für Kurz-, Weiß- und Wollwaren,
Herren- und Damenwäsche, Trikotagen
Schürzen und Spielwaren.

Gas- und Wasserleitungs-Anlagen

neu und Reparaturen
werden gut und billig ausgeführt
G. Plotzki, Installateur und Klempnermeister,
Paradiesgasse 27.

150 D. G.

gegen gute Zinsen und Sicherheit
zu leihen gesucht.

Offerten unter 50 an die Exped. der Volksstimme.

Theater- und Masken- Garderoben

in großer Auswahl verlieht zu billigsten Preisen
B. Korsch, Hundegasse 60
Vereine Vorzugspreise 55

Junges Ehepaar sucht leeres oder möbliert. Zimmer

mit Kochgelegenheit vom 1. oder 15. Februar zu
mieten. Offerten unter V. 1514 an die Exped.
der Volksstimme. (64)

Kostenfrei Gummiabfah

Amageln. Abf. f. Dam.
30 bis 50 P. für Herren
0.70 bis 1.20 G. (68)
Lange Brücke 31
am Krantor.

Möbliert. Zimmer

an Herrn oder Dame zu
vermieten. Wäsche erw.
Grabengasse 5, 3 r. (78)

Gut möbl. ger. Zimmer

elektr. Licht, an best. Str.
oder Damen z. 1. 2. 3. v.
Strandgasse 5, 2 r. (72)

Möbliertes Wohn- u. Schlafzimmer, auch ge- teilt, zu vermieten.

(74)
Friedrichgasse 8, 1 Treppe r.

Gut möbliertes Borderzimmer

bei Eingang, ab 1. 2. zu
vermieten. Minski.
Gartenstraße 1, 1. (77)

Gärtchen

an Schützen 117 u. Refor-
mator. Schnell. Str. 10 u.
Innenstadt. 117 u. 100.
Karl Lange, Danzig.
Tel. 605 (61)

Bettmässen

Reinigung, Ausb. Alter
u. Gerechtigkeit angeben.
Angebot umfasst:
F. W. W. Danzig.
Friedrichgasse 1, 1.

Trockenes ostenfertiges Stubbenholz?

sowie alle anderen Brennmaterialien
bestenfalls im h. W. W. W. Danzig.
Friedrichgasse 1, 1.